

Drucks-Preis

In der Hauptredaktion über dem Eingang
abgezahlt: vierzig Groschen. A 3.— bei
gewöhnlicher täglicher Auflösung im Preis
A 2.75. Durch die Post bezogen für Deutschland
u. Österreich vierzig Groschen A 4.50, für
die übrigen Länder laut Beitragspreisliste.

Rebellen und Geblütten:

Johannistag 8. Februarpreis 153 u. 222.

Gillegeblütten:

Wifred Hahn, Buchdruckerei, Universitätsstr. 3
Hausnr. Nr. 4446, 2. Stock, Katharinen-
straße 14 (Benzpreis Nr. 2000) u. König-
sberg 7 (Benzpreis Nr. 7000).

Haupt-Offiziale Dresden:

Marienstraße 84 (Benzpreis Nr. 1712).

Haupt-Offiziale Berlin:

Cerl und der Herzl, Bonn-Hofkonditorei,
Zigarettstraße 10 (Benzpreis Nr. 4000).

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 180.

Sonnabend den 9. April 1904.

98. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Der kommandierende General des XIX. (2. R. S.) Armeekorps, General der Infanterie von Treitschke, wird sich am 15. April von der Leipziger Garnison verabschieden.

* Die württembergische Regierung hat einer Kommission der Abgeordnetenkammer angeföhrt, im Bundesrat für unverzögerte Einbringung und Beratung eines Gesetzentwurts, betreffend Errichtung einer geordneten Arbeiterversetzung (Arbeitsamt), wirken zu wollen.

* Die ausländigen Schlosser gehülfen von Aufkunft erhielten von der Eisen- und Metallarbeiter-Bundeskraft aus Deutschland 10 000 M. und die Auflage, daß, solange der Ausstand dauert, weitere Höflichkeiten gesandt werden.

Sozialdemokratische und christliche Gewerkschaften in der Schweiz.

M.-O. Bern, 7. April.

Die gewerkschaftliche Organisation in der Schweiz ist jüngeren Datums. Sie ist deutschen Ursprungs; denn es waren deutsche Arbeiter, welche nach der Schweiz gingen, um die Mitte des vorigen Jahrhunderts Vereine zu bilden begannen, die aber nie längeren Bestand hatten. Dagegen bestehen die Spezialorganisationen, welche der ehemalige Schneidermeister Wilhelm Weitling und der Revolutionär Philipp Becker in der Westschweiz gründeten, zum Teil noch fort. Auch der schweizerische Arbeiterbund, welcher im Jahre 1873 wieder einschlägt, war das Werk deutscher Arbeiter. Auf diesen Trümmer bauten sich die moderne Arbeiterbewegung auf, die heute, obwohl sie noch in den Anfängen steht, ungefähr 20–25 Prozent aller Arbeiter umfaßt, dagegen politisch und konfessionell in unzählige Zweigvereine und Verbände zerstreut sind.

Die starke Organisation ist der schweizerische Gewerkschaftsbund, der 26 000 Mitglieder zählt, über die ganze Schweiz ausdehnt und wahrscheinlich sozialdemokratisch ist. Nicht viel schwächer sind die katholischen Arbeiter organisiert, die in den katholischen Männer- und Arbeitervereinen, Piusvereinen, Gesellenvereinen, Krankenfassen usw. tätig sind. Speziell freimaurerische Vereine oder konserватive Verbände, die sich vorwiegend aus Arbeitern zusammensetzen, gibt es wenige, da hier der Klassencharakter der Arbeiter nicht zum Ausdruck kommt.

Auch ist seit Jahren der Versuch gemacht worden, die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften zu vereinigen und zu einem konfessionell neutralen Verband zusammen zu schmelzen. Dieser Versuch ist aber jetzt gründlich gescheitert. Der Gewerkschaftskongress, der neuerlich in Luzern tagte, hat diese Allianz mit 147 gegen 73 Stimmen von der Hand gewiesen. Auf sozialdemo-

kratischer Seite waren es Arbeitersektor H. Greulich und Oberrichter Lang-Zürich, welche dieser höchst unnatürlichen Verbindung das Wort redeten, während auf katholischer Seite der katholische Pfarrer und Professor Dr. Bus in Freiburg und Rat. Prof. Dr. C. Decurtins den Zusammenschluß mit den christlichen Gewerkschaften befürworteten. Es bleibt danach beim alten Zustande, die sozialdemokratischen Gewerkschaften werden fortlaufen, die christlichen Brudervereine zu hassen, zu verfolgen und einander die Erfolge abzujagen, während die katholischen Arbeiter unter der Führung ihrer Geistlichen der ultramontanen Partei nach wie vor Heiligabfeiern leisten und der konfessionellen Verhebung dienen. Es scheinen jene konfessionellen Fehden zurückzuführen, welche vor 1798 im Kanton Glarus herrschten, wo die Partitur derart ins Extreme ging, daß der Kanton reformierte und katholische Compagnies, Lohnkutscher, Briefboten, Militärfontänen und Pultvürmer aufwies und die Leitung der Staatsgeschäfte abwechselnd in reformierten und katholischen Händen ruhte. Der Konfessionalismus feiert heute Orgien, weil überall da, wo die Katholiken die Mehrheit haben, ihnen die Interessen Rom's näher liegen als das Wohl des eigenen Vaterlandes.

Der Aufstand der Herero.
Die Einsetzung der Herero macht weitere Fortschritte. Die einzelnen Stämme haben sich in größere oder kleinere Gruppen zusammengezogen, die bei Ondotsovere, Omaire, am oberen Swatow, Druware, am Brandberg, Waterberg und mittlerem Omaimba siedeln. Die Verteilung der deutschen Streitkräfte ist gegenwärtig folgende:
Oststellung: Major v. Glatzapp, 9 Offiziere, 497 Mann, 4 Geschütze, 2 Maschinengewehre, seit 2. April in Ondotso.
Hauptabteilung: Oberst Dürr, 30 Offiziere, 612 Mann, 8 Geschütze, 6 Maschinengewehre am 2. April von Ondotso aus Ondotso vorgezogen.
Weststellung: Major v. Götterff, 7 Offiziere, 250 Mann, 4 Geschütze in Ondotso.

Befestigungs- und Späppentruppen: an der Ostgrenze in Epukie, Golabis und Das 1 Offizier, 50 Reiter und Reserveoffiziere. An der Eisenbahn in Windhoe, Ondotsovere, Karibib, Kubas, Sossusvlei Südl., in allen kleinen Stationen schwächer Besatzungen, im ganzen 16 Reserveoffiziere, 804 Reiter und Reserveoffiziere. In Ondotso: 1 Reserveoffizier, 3 Reiter, 32 Waffenführer. An der Westgrenze in Omaimba und Outo: 6 bewaffnete Offiziere, 100 Reiter und Reserveoffiziere. An der Nachfront in Großfontein, Otojua zur Sicherung des Omaimba: Oberleutnant Vollmann, 60 Reiter und Reserveoffiziere, 40 Waffenführer.

Befestigungen: im Kranich von Süden seit dem 20. Februar.

Oberleutnant Graf Giffels, 75 Reiter, 25 Einzelne, 2 Maschinengewehre, 7 Waffenführer. Hauptmann von Hedenbeck, 9 Reiter, 40 Einzelne, 4 Geschütze, 180 Pferde und Waffenführer — aus der Heimat mit Dampf "Feldmarschall" ab Hamburg, den 25. März, am Sossusvlei voraußichtlich 15. April; Major v. der Heide, 16 Offiziere, 400 Mann, 6 Pferde, viele Gewehrmunitionen (10 Patronen, 20 Wagen), Funken-Telegraphenapparate, Befestigungs- und Futtervorräte. Mit den Dampfern "Mariagr" und "Tatario" ab Hamburg, den 30. März, am

Sossusvlei veranschlagt den 24. April: Hauptmann Stahl, 15 Offiziere, 2 Kavallerie, 300 Infanteristen und Kavalleristen, 1200 Pferde, 300 Gewehre und 1000 Gewehre und das Material von 2 Feldbatteries zu 6 Geschützen. Mit Dampfer "Uncle Woermann" ab Hamburg, den 7. April, an Sossusvlei veranschlagt 2. Mai; Major v. Wöhrelshaus, 20 Offiziere, 6 Kavale, 400 Mann.

Anfang Mai werden sich also im mittleren Teile des Schutzgebietes befinden: 103 Offiziere, 3434 Mann (einschließlich der Reiterei und Landwehrleute), 31 Geschütze, 12 Maschinengewehre. Im Namaland steht die letzte Feldkompanie, Hauptmann v. Frieder, 4 Offiziere, 156 Mann, 2 Geschütze.

Die Hauptkämpfe werden in nächster Zeit in dem Dreieck Ondotso-Windhoe-Omataiwerbe zu erwarten sein.

* Verluste. Das Oberkommando der Schutztruppen teilte mit: Soeben folgendes Telegramm aus Ondotso hier eingegangen: Sehenden! Joseph Siegelmayer, 3. Kom. II. Geb. Bataillon aus Elbers-König (Alaba) heute am 4. vormittags 10 Uhr an Materie in Omaimba gestorben. get. Deutw.

* Das Kaiser-Gedenkblatt, welches nach einem Entwurf des Monarchen von dem Marinemaler Hans Schröder ausgeführt werden soll und an die Hinterleiberauen der in den Kämpfen gegen die Herero Gefallenen verteilt werden soll, weist ein ungemein summungsvolles Motiv auf. An der linken Seite des in Kreisform gehaltenen Blattes erscheint man eine gewappnete Germania, die Reitkette auf dem Hause, die rechte Hand leicht auf den mit dem Reichsschild geschmückten Schild gestützt, die linke weit vorgestreckt und einer Laubkrone leicht herabnehmend. Ein von dem Kreuz herabstürzender Schleier trägt die Widmung: "Gedenkblatt zur Erinnerung an ... folgen Name, Geburts- und Todestag des Gefallenen". Er stach für Kaiser und Reich. Ehre seinem Andenken". Auf dem unteren Drittel des Gedenkblattes erscheint man das leicht geschwungene Wort. Auf ihm schlägt sich in langsamem Schritt ein vollgeteilter Segelschiff mit der halbnackten Flagge und dem langen Heimkehrimpel, dem heimischen Gesetz, von dem das Bild des Deutschtummes herabsteigt. Circa und Fuß des Blattes schmücken die Symbole des christlichen Glaubens: oben das Kreuz mit der zusammenenfassenden Sonne, unten der Christus mit der Rosenkrone. Danach steht die Zeichnung des Evangelisten Johannes: "Von dem Kind grüßt mir seine Freude, daß ich in mein Leben läßt für seine Freude."

Der russisch-japanische Krieg.
China als Bundesgenosse Japans?
Über die chinesischen Truppen in der Mandchurie und Petroski bringen die japanischen Zeitungen "North China Daily News" folgende Nachrichten: In der Mandchurie befinden sich 24 000 Mann, zum größten Teil beritten. Außerdem stehen dort rund 40 000 Männer zum Schutz der Städte gegen Aborigine Banden. Eine die Hälfte davon ist leicht bewaffnet und mit Munition versehen. Im Norden von Petroski an der Grenze der Mandchurie stehen etwa 50 000 Mann unter den Generälen Yuan-Chi-Kai und Ma. Diese haben außerdem das notwendige Material, um weitere 20 000 zu bewaffnen. Unter ihren Offizieren sollen sich 150 japanische Offiziere befinden, die ihre Nationalität verborgen und chinesische Kleidung tragen. Somit wäre China etwa über 100 000 Mann verfügt, wovon etwa dreiviertel reguläre Truppen und die Hälfte aus europäischer Weise ausgebildet ist. Immerhin würde Russland, falls China sich eines Tages für Japan erkläre, mit 50 000 modern ausgerüsteten und einigermaßen ausgebildeten chinesischen Truppen rechnen müssen, wenn diese auch an Kriegswert den russischen und japanischen erheblich nachstehen.

Den Eidner zieht die Umstürze.
Im dem Organ des "Centralverbandes deutscher Industrieller" begreifen wir der folgenden, erstaunlich offiziell unveröffentlichten Darlegung über die Rücksichtnahme auf die Rücksichtnahme.

Nach weiteren Informationen liegt kein Grund zur Beunruhigung vor. Die Reichsregierung ist von der Notwendigkeit einer ausdehnenden Überzeugung, von denjenigen, die neue Verträge eingehen, auf der einen Seite überzeugt und es ist wohl nur das Widerstreben einzelner Wendungen in der Reihenfolge bei dem Gesetzen des deutschen Handelskongresses vom 11. Februar d. J. gewesen, das zu einer gewissen Erregung Anlaß gab. Tatsächlich darf man darüber beruhigt sein, daß die Reichsregierung als eine ihrer ersten Aufgaben bei den Vertragsverhandlungen die Vermeidung von schroffen Überzeugungen ins Auge geführt hat.

Der Standpunkt, den die Reichsregierung angeblich einnimmt, ist durchaus vernünftig, so vernünftig, daß wir ihn selbstverständlich nennen möchten. Aber die Wahrheitsliebe erfordert die Feststellung, daß der Reichsanziger diesen Standpunkt durchaus nicht immer eingenommen hat, sondern daß dieser Standpunkt ihm erst durch den energetischen Einspruch, den Handel und Industrie üben, suggeriert worden ist. Keineswegs hätte die Presse und die Bevölkerung die Rechte des Reichsanzigers beim Beziehen des Handelskongresses missverstanden, das ist eine Entstehung des wahren Sachverhaltes. Der Kanzler hat vielmehr klipp und klar gesagt, es sei "das Beste, wenn ich die neuen Handelsverträge unmittelbar an die bestehenden Handelsverträge anschließen". Unter Umständen werde eine Kündigung überhaupt nicht erfolgen, vielleicht werden die alten Abkommen durch die neuen Vertragsabredungen ohne weiteres erweitert oder modifiziert werden".

Während Frau La Grange war offenbar sehr aufgeregt, denn sie sprach immer lauter und lauter und endlich ganz verzweifelt.

"Sie sind durchaus nicht unüberwindbar", hörte Merrid sie plötzlich in vollem Ton sagen. "Sie können nicht leugnen, daß Sie ein Mithilfender in der Sache vor Ihnen stand und mit vollem Spott in den Augen und in der Stimme zu Ihnen sprach:

"Ich bin Ihnen für den freundlichen Rat, den Sie mir erzielten, sehr verbunden, doch glaube ich jetzt zu wissen, was in meinem Interesse liegt. Mich düst. Sie werden vollaus zu tun haben. Ihre ganze Aufmerksamkeit und Sorge den Interessen Herrn Kalbys Mainmarining zugewandt." Damit schritt er, ohne eine Antwort abzumachen, in stolzer Haltung durch die nach der Veranda führende Glasstür ins Freie.

Herr Whitton stand einen Augenblick wie versteinert. Dann murmelte er, dem sich Entfernen statt nachblieb: "Dommelwetter, das war unverschämt! Und dieser Blöd! Wo in alter Welt habe ich den schon gelebt? Wahrhaftig, Ralph Mainmarining scheint am Ende doch ziemlich eine Rolle zu haben und nicht mit Unrecht hinter dem Menschen etwas zu wittern."

Technisch dachte auch Herr Merrid. Er war gerade an die Tür der großen Halle gefommen, als Scott nach der Veranda schritt, und hatte unbemerkt dessen letzte Worte gehört. Die Treppe zur Bibliothek hinaufsteigend, sprach er zu sich: "Ja, Whitton ist gewiß ein besserer Kopf, aber dieser junge Mensch ist ihm doch über und wird noch allen Ruhm zu machen geben. Mir ahnt, er wird mit dem, was er weiß, zu einer Zeit zum Vorschein kommen, wo die andern es am wenigsten erwarten."

Eine halbe Stunde später, als der Detektiv die Bibliothek verließ und durch die südliche Halle die Treppe hinunterging, drangen Zöpfe an sein Ohr, die aus dem Zimmer von Frau La Grange zu kommen schienen. Unmittelbar diesem Zimmer gegenüber befand sich eine tiefe, durch einen Vorhang verdeckte Fensterbank. In diese hockte er hinein. Zunächst vernahm er nur durch die nicht geschlossene Tür eine sanfte Stimme. In der einen erkannte er die Stimme von Frau La Grange, in der anderen die Hobsons. Dieser schien auf und ab zu gehen, denn der Klang seiner Stimme änderte sich fort-

während. Frau La Grange war offenbar sehr aufgeregt, denn sie sprach immer lauter und lauter und endlich ganz verzweifelt.

"Sie sind durchaus nicht unüberwindbar", hörte Merrid sie plötzlich in vollem Ton sagen. "Sie können nicht leugnen, daß Sie ein Mithilfender in der Sache vor Ihnen stand und mit vollem Spott in den Augen und in der Stimme zu Ihnen sprach:

"Ich bin Ihnen für den freundlichen Rat, den Sie mir erzielten, sehr verbunden, doch glaube ich jetzt zu wissen, was in meinem Interesse liegt. Mich düst. Sie werden vollaus zu tun haben. Ihre ganze Aufmerksamkeit und Sorge den Interessen Herrn Kalbys Mainmarining zugewandt." Damit schritt er, ohne eine Antwort abzumachen, in stolzer Haltung durch die nach der Veranda führende Glasstür ins Freie.

Herr Whitton stand einen Augenblick wie versteinert. Dann murmelte er, dem sich Entfernen statt nachblieb: "Dommelwetter, das war unverschämt! Und dieser Blöd! Wo in alter Welt habe ich den schon gelebt? Wahrhaftig, Ralph Mainmarining scheint am Ende doch ziemlich eine Rolle zu haben und nicht mit Unrecht hinter dem Menschen etwas zu wittern!"

Hobson verließ jährlings förmlich die Borderfront des Hauses und hängt den Kriegsflaggen ein, der durch den Raum noch da stand. Dieser schien auf und ab zu gehen. Als er diesen ziemlich einsamen Weg entlang eilte, kam ihm plötzlich Scott ent-

Anzeigen-Preis

die 6 gespaltene Petitzelle 25 J.

Reklamen unter dem Redaktionstitel
(gespalten) 75 J., nach den Familienan-
trägen 6 gespalten 50 J.

Tafelarbeiten und Illustrationen entsprechend
höher. — Gedruckte Reklameanzeige und
Werbeanzeigen 25 J.

Extra-Beilagen (gefolt), nur mit der
Morgen-Ausgabe, ohne mit Volfsförderung
A 20 J., mit Volfsförderung A 10 J.

Annonsenzeitung für Anzeigen:

Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Annonsen sind seit an die Exposition zu richten.

Die Exposition ist wochentags ununterbrochen
geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von G. Holt in Leipzig

Unt. Dr. B. R. & W. Kitzhardt.

85.25
—
85.30
85.35
85.40
85.45
85.50
85.55
85.60
85.65
85.70
85.75
85.80
85.85
85.90
85.95
86.00
86.05
86.10
86.15
86.20
86.25
86.30
86.35
86.40
86.45
86.50
86.55
86.60
86.65
86.70
86.75
86.80
86.85
86.90
86.95
87.00
87.05
87.10
87.15
87.20
87.25
87.30
87.35
87.40
87.45
87.50
87.55
87.60
87.65
87.70
87.75
87.80
87.85
87.90
87.95
88.00
88.05
88.10
88.15
88.20
88.25
88.30
88.35
88.40
88.45
88.50
88.55
88.60
88.65
88.70
88.75
88.80
88.85
88.90
88.95
89.00
89.05
89.10
89.15
89.20
89.25
89.30
89.35
89.40
89.45
89.50
89.55
89.60
89.65
89.70
89.75
89.80
89.85
89.90
89.95
90.00
90.05
90.10
90.15
90.20
90.

So unweidmäßigen Neuerungen gegenüber war die Möglichkeit eines Widerstandes so gut wie ausgeschlossen, und die Offiziellen sollten es unterlassen, uns Dinge aufzuhängen, die ihnen kein urteilsschöner Mensch glauben wird. Tatsache ist vielmehr, daß Graf Ullow am 11. Februar eine völlig unlösbare Ansicht aussprach, die leider beweist, wie lose Füllung der Kanzler mit dem Gewerbeleben hat und daß er sich dann in den folgenden Wochen besser informiert und zu einer besseren Ansicht berechtigt hat. Natürlich billigen wir diese Einsänderung vollkommen, wenn es auch nicht zweckmäßig wäre, daß Graf Ullow den Agrarier nicht bestimmen möchte, die er nach Lage der Dinge unmöglich erschließen kann. Nebenbei bemerkt, erklärt sich jetzt auch das Ausbleiben des Kanzlers bei dem Sitzmahl des deutschen Handelsstages, denn nachdem Graf Ullow im Landwirtschaftsrat seine wohlwollenden Absichten verlündert hatte, wußte ihm daran gelegen sein, seinen Rückzug möglichst leise und unbemerklich, wie schon so oft, einzutreten, der Kanzler sei umgefallen, und leider hat ihnen Graf Ullow dafür einen Anschluß des Reiches gegeben, weil er sich, bevor er eine grammatische Kette bildet, nicht genügend über die wirtschaftlichen Möglichkeiten und Notwendigkeiten unterrichtet hatte.

Die echte Kunst.

Auf dem Delegiertenstag der Goethebünde, der in Dresden stattgefunden hat, kam der nachstehende Antrag des Professors Gurlitt zur Auseinandersetzung:

"Der Delegiertenstag der deutschen Goethebünde erachtet die Goetheschule in ihrem Wichtigkeit gegen die Schriftsteller und Kunst in geeigneter Form vorzugeben, da diese Wahrheit einen Schaden gegen die echte Kunst bedeute."

Zunächst ist es erstaunlich, daß ein Mann, wie Professor Gurlitt, es nicht für nötig hält, seine Anträge schriftlich sauber zu formulieren. "Die Wahrheit bedeute einen Schaden gegen die echte Kunst" ist schlechtes Deutsch und es ist merkwürdig, daß sich in einer Verfaßung, die Goethes Namen höchstens nicht unangenehm läßt, nicht ein einziger Mann findet, der es für notwendig hält, den Antrag mindestens formell unanzeigbar zu gestalten. Aber auch der Inhalt der Juristischen Hebering ist höchst unerfreulich. Ob der Herr Professor, in der Goethebund im Bereich der "echten Kunst"? Glauben diese Herren immer noch, daß sich die echte Kunst nach Normen und Paragrapfen definieren läßt? In gewissem Sinne gibt es überhaupt keine "Kunst" in der bloßen Abstraktion des Wortes, es gibt nur Künstler, die ihr Werk individuell äußern. Ganz so, wie Herr Professor Gurlitt, sprechen ja auch die Düsseldorfer, die Jenaer und die Realisten. Auch sie wollen der "echten Kunst" ihre Leben nicht verschämmen, aber da liebt Dummel, was versteht sie darunter? Der Begriff "echte Kunst" ist ungemein läufig, es wurde fast von jedem Geist und fast von allen Künstlern derselben Geistalt verschieden beantwortet. Der Goethebund arbeitet mit seinem Bechlefe zur denkmalhaften Realistik in die Hände. Was die "Schriftsteller" anbelangt, so erkannte wir uns an den "Meinen" von Arthur Schnitzler, der doch gewiß trotz mancher Irrungen als ein feiner und nachdenklicher Poet anerkannt werden muß. Sein Buch ist in Deutschland verbreitet, in Österreich in tausenden von Exemplaren verkaufen worden. Wie unerfreulich hätten in diesem Einzelfall nichts gegen das Verbot, andere aber sind eben anderer Ansicht und der Fall beweist nicht nur, daß es schwer, sondern daß es unmöglich ist, auf diesem Gebiet die richtige Grenze zu ziehen. Was die "Schriftsteller" an betrifft, so müssen wir zunächst sagen, daß wir den Goethebund um diese gefährliche Sicherung der deutschen Sprache nicht benennen, kann aber bestimmen wir, daß und auf dem Gebiet der Plastik und Malerei nichts bekannt ist, was einen beratigen Ausdruck rechtfertigte. Gerade Goethe hat die Freiheit des Künstlers gewahrt und betont, daß ihm das Majestätsrecht zustehe, auch den scheindienstlichen Stoff zu abilden. Das Leben am Stoff, am Theater, wie es sich in dem Antrage des Professor Gurlitt ausprägt, ist ein Maßstab in einer übermundene Periode der Realistik und wir glauben, sein Gehörfeld möchte in der Literatur unserer Tage Goethes Hauptmann, in der Kunst Max Liebermann vernissen. Und Anderen unserer Zeit ist eben der ehrliche Mensch ganz ebenso interessant, wie der pomposche und hinter all den Unterscheidungen zwischen echter und unechter Kunst verbirgt sich leider oft ein Philisterherz, der diese willkürlichen Definitionen nicht gerade sympathischer macht. Wenn der Goethebund weiter nichts zu leisten vermag, so ist seine Existenz nicht nur überflüssig, sondern sogar schädlich.

Das Urteil des "Deutschen Reichsgerichts"

scheint, wenn es sich um die Abschaffung ultramontaner Werke handelt, einfach blind zu sein. Um die bösen Konversationsleute von Brühl und Meyer aus den "katholischen" Häusern und Familien zu verbrennen, läßt

der bekannte ultramontane Verlag von Herder in Freiburg i. B. ein neues "Konversationslexikon" erscheinen, welches auch in protestantischen Häusern unter der Firma des echten Christentums eindringen möchte. Unter andern Blättern, welche in der eigentlichen Welt des Unternehmens nicht eingedrungen sind, befindet sich auch der "Deutsche Reichsgericht", welcher in einem Lobartikel besonders hervorhebt: „Auf jedem Gebiet spiegelt sich in der Darstellung der jüngsten Stand der Forschung und Erkenntnis“. Sehen wir einmal den Artikel Biarmi an, der doch auch des "Deutschen Reichsgerichts" zuvordest hätte interessieren sollen. Da lesen wir:

Blämer holt wenig von moralischen Überzeugungen. — Er tritt auf den Bruch mit Oesterreich hin — und brachte es fertig, Oesterreich formal ins Unrecht zu legen.“

Was Biarmi während des Kulturmärktes heißt es:

„Ultramontanische Eigenschaften verhindern den Kampf. Neutralität, Menschenachtung, Unabhängigkeit, sich in die Seele eines Gegners hineinzudenken, die Weisung, eben Friede wie Friede zu vermitten, nahmen unter dem Eindruck seiner speziellen Bedenken und der katholischen Natur der inneren katholischen Formen an.“

Genua heißt es in dem Artikel "Deutscher Krieg":

„Der Justiz über die Zukunft Schleswig-Holsteins werde von Biarmi, der jetzt die Zeit zu Entfaltung über die Herrschaft in Deutschland gekommen ist, so verschärft, daß im März mit Truppenverschiebungen begonnen wurde.“

Das ist, um mit dem "Reichsgericht" zu reden, „der jüngste Stand der Forschung und Erkenntnis“! Vielleicht ist das Blatt aber dankbar für den Artikel über den jetzigen Reichskanzler, von dem es zum Schlus heißt:

„Seit 1886 verbindet mit der Siebziger Magistrats, deren 1. Chs (1882 bis 1884) mit dem ersten Sohn Carl von Brühl geschrieben und „zum heiligen Stuhl für ungültig erklärt worden war.“

Die rumänische Postkartenverlage.

Aus Bukarest wird uns geschrieben: Mit einer Bescheinigung, die ihren Gleichen kaum hat, ist die Postkartenverlage des Herrn Gossenius in der Delegiertenkammer durchgesetzt worden. Die einzige Sonderkommission erledigte alle 554 Positionen des Tarifs in zwei Wochen, und wenn sich auch da mehrere Stimmen selbst aus der Kammermeisterschaft des Ministerpräsidenten Sturdza fanden, die nicht genugtaten, den Sprung ins Hochzugsjägerkönig mitzumachen, so wurden diese Stimmen doch ganz bald von Sturdza beschwichtigt, da dieser, eine erste Gefahr für den Bestand seines Kabinett bestreift, alles aufstößt, um die Mehrheit zusammenzuhalten.

Nachdem man aber sich der letzteren verblüfft hatte, nahm alles einen steten und glatten Verlauf. Beregnet waren die Wahlen von Carp, Alipsku, Târgu-Jiu, Craiova,

Dobrogea, Wille und anderen, welche in der Generaldebatte in meisterhaften Reden nachwiesen, wie verdächtlich

die Rumänen die Sache sei, hier eine Großindustrie durch

hohe Schutzzölle schaffen zu wollen, so es sowohl an Kapital,

als auch an Rohmaterial, Kohlen und Arbeitskräften fehlt;

die Wirkung wurde nur sein, daß die Bevölkerung für ihre

Befreiungsmöglichkeit gestreift wurde und wenn es

noch etwas mehr Verzweiflung, darunter der Großunternehmer Gossenius selbst — derselbe, welcher als Finanzminister des Vaters des neuen Tarifs ist —, einen Vorstoß davon ziehen würden. Sie erreichten nichts anderes, als daß nun eben einige der geradezu rohstarken böllen Pölle auf

landeskundliche Wahlen und einige andere unentbehrliche Artikel, deren Anstrengung hier schlechterdings zu den Unmöglichkeiten gehört, etwas erwähnt wurden, im übrigen prahlen alle ihre durch ein reichhaltiges jüdisches Material unterstützte Erwartungen an der vorgelegten

Wahlurkunde nichts zu wollen, so es mit der Abstimmung. Mit 81 gegen 10 Stimmen wurde gegen den Tarif angenommen. Nun wird nunmehr diesen kurzum die Handelsvereinbarungen kündigen und die durch diese nicht gebundenen Positionen bereits mit den neuen Zöllen belegen. Das Land ist in großer Erregung über diese Vorgänge und immer lauter erschallt der Ruf nach einem Kabinettwechsel. Doch das Kabinett Sturdza leidet höchst im Volle sehr, mehr belästigt, das bewies die Sonntags vor 8 Tagen hier abgehaltenen, aus allen Teilen des Landes reisende konervative Parteiveranstaltung, welche die bedeutendste war, welche je in Bukarest stattgefunden hat. Wann bei den Handelsverhandlungen nicht ein anderer Tarif steht als der, von dem der neue Tarif nicht als der, wenn hierbei die Zölle nicht auf ein den realen Verhältnissen entsprechendes Maß herabgesetzt werden, so wird Handel und Wandel hier bald stören und besonders wird die deutsche Ausfuhr — bekanntlich steht Deutschland an der Spitze bei der rumänischen Einfuhr — darunter zu leiden haben.

Deutsches Reich.

* Berlin, 9. April.

* Zur Militärpersonen-Reform. Zu den Aufgaben, welche den Reichstag nach Oesterreich bestimmen müssen, sollte in erster Linie das Militärpersonenrecht gehören. Durch Bekanntmachung des preußischen Staatsministeriums war diese dringliche Aufgabe in der vorliegenden Gesetzgebungspériode zurückgestellt worden. Aus finanziellen Gründen sollte man nicht an ihre Lösung herantreten. Denn ihr nur halb gerecht werden, wäre ein doppelter Unrecht gewesen. Entweder man besiegt Wohlstande, die sich auf einem Gebiete, wie dem hier in Frage kommenden, herausgelöst haben, gründlich oder man markt, bis man ihnen zunächst gerecht werden kann. Der Reichstag kann und wird sich aber nun nicht der Verpflichtung entziehen, das Geld für die Verstärkung der Militärpersonenrechte auf eine Art und Weise zu beschaffen, die möglichst wenig drückend für die Gesamtheit der Steuerzahler ist. Wir sind seit Jahr und Tag für die Reform der Militärpersonenrechte eingetragen und halten sie vor wie noch für ein so wichtiges Erfordernis der Zeit, namentlich auch in sozialpolitischer Beziehung, daß wir ihrer Förderung den allergrößten Nachdruck geben müssen. Militärpersonenrechte, die mit der Ritterei stattdessen zu kämpfen haben, gehen der militärischen und staatsfeindlichen Kritik doppelten Anstoß, so abfällig wie möglich über die dermalige Staats- und Exportsförderung zu ergehen. Was u. a. sozialpolitisch nicht wenig ins Gewicht fällt, ist dies: wenn die Militärpersonenrechte infolge ihrer Verstärkung auf eine Art und Weise erhöht werden, die mehr als die Hälfte der Steuerzahler ist. Wir sind seit Jahr und Tag für die Reform der Militärpersonenrechte eingetragen und halten sie vor wie noch für ein so wichtiges Erfordernis der Zeit, namentlich auch in sozialpolitischer Beziehung, daß wir ihrer Förderung den allergrößten Nachdruck geben müssen. Militärpersonenrechte, die mit der Ritterei stattdessen zu kämpfen haben, gehen der militärischen und staatsfeindlichen Kritik doppelten Anstoß, so abfällig wie möglich über die dermalige Staats- und Exportsförderung zu ergehen. Was u. a. sozialpolitisch nicht wenig ins Gewicht fällt, ist dies: wenn die Militärpersonenrechte infolge ihrer Verstärkung auf eine Art und Weise erhöht werden, die mehr als die Hälfte der Steuerzahler ist. Wir sind seit Jahr und Tag für die Reform der Militärpersonenrechte eingetragen und halten sie vor wie noch für ein so wichtiges Erfordernis der Zeit, namentlich auch in sozialpolitischer Beziehung, daß wir ihrer Förderung den allergrößten Nachdruck geben müssen. Militärpersonenrechte, die mit der Ritterei stattdessen zu kämpfen haben, gehen der militärischen und staatsfeindlichen Kritik doppelten Anstoß, so abfällig wie möglich über die dermalige Staats- und Exportsförderung zu ergehen. Was u. a. sozialpolitisch nicht wenig ins Gewicht fällt, ist dies: wenn die Militärpersonenrechte infolge ihrer Verstärkung auf eine Art und Weise erhöht werden, die mehr als die Hälfte der Steuerzahler ist. Wir sind seit Jahr und Tag für die Reform der Militärpersonenrechte eingetragen und halten sie vor wie noch für ein so wichtiges Erfordernis der Zeit, namentlich auch in sozialpolitischer Beziehung, daß wir ihrer Förderung den allergrößten Nachdruck geben müssen. Militärpersonenrechte, die mit der Ritterei stattdessen zu kämpfen haben, gehen der militärischen und staatsfeindlichen Kritik doppelten Anstoß, so abfällig wie möglich über die dermalige Staats- und Exportsförderung zu ergehen. Was u. a. sozialpolitisch nicht wenig ins Gewicht fällt, ist dies: wenn die Militärpersonenrechte infolge ihrer Verstärkung auf eine Art und Weise erhöht werden, die mehr als die Hälfte der Steuerzahler ist. Wir sind seit Jahr und Tag für die Reform der Militärpersonenrechte eingetragen und halten sie vor wie noch für ein so wichtiges Erfordernis der Zeit, namentlich auch in sozialpolitischer Beziehung, daß wir ihrer Förderung den allergrößten Nachdruck geben müssen. Militärpersonenrechte, die mit der Ritterei stattdessen zu kämpfen haben, gehen der militärischen und staatsfeindlichen Kritik doppelten Anstoß, so abfällig wie möglich über die dermalige Staats- und Exportsförderung zu ergehen. Was u. a. sozialpolitisch nicht wenig ins Gewicht fällt, ist dies: wenn die Militärpersonenrechte infolge ihrer Verstärkung auf eine Art und Weise erhöht werden, die mehr als die Hälfte der Steuerzahler ist. Wir sind seit Jahr und Tag für die Reform der Militärpersonenrechte eingetragen und halten sie vor wie noch für ein so wichtiges Erfordernis der Zeit, namentlich auch in sozialpolitischer Beziehung, daß wir ihrer Förderung den allergrößten Nachdruck geben müssen. Militärpersonenrechte, die mit der Ritterei stattdessen zu kämpfen haben, gehen der militärischen und staatsfeindlichen Kritik doppelten Anstoß, so abfällig wie möglich über die dermalige Staats- und Exportsförderung zu ergehen. Was u. a. sozialpolitisch nicht wenig ins Gewicht fällt, ist dies: wenn die Militärpersonenrechte infolge ihrer Verstärkung auf eine Art und Weise erhöht werden, die mehr als die Hälfte der Steuerzahler ist. Wir sind seit Jahr und Tag für die Reform der Militärpersonenrechte eingetragen und halten sie vor wie noch für ein so wichtiges Erfordernis der Zeit, namentlich auch in sozialpolitischer Beziehung, daß wir ihrer Förderung den allergrößten Nachdruck geben müssen. Militärpersonenrechte, die mit der Ritterei stattdessen zu kämpfen haben, gehen der militärischen und staatsfeindlichen Kritik doppelten Anstoß, so abfällig wie möglich über die dermalige Staats- und Exportsförderung zu ergehen. Was u. a. sozialpolitisch nicht wenig ins Gewicht fällt, ist dies: wenn die Militärpersonenrechte infolge ihrer Verstärkung auf eine Art und Weise erhöht werden, die mehr als die Hälfte der Steuerzahler ist. Wir sind seit Jahr und Tag für die Reform der Militärpersonenrechte eingetragen und halten sie vor wie noch für ein so wichtiges Erfordernis der Zeit, namentlich auch in sozialpolitischer Beziehung, daß wir ihrer Förderung den allergrößten Nachdruck geben müssen. Militärpersonenrechte, die mit der Ritterei stattdessen zu kämpfen haben, gehen der militärischen und staatsfeindlichen Kritik doppelten Anstoß, so abfällig wie möglich über die dermalige Staats- und Exportsförderung zu ergehen. Was u. a. sozialpolitisch nicht wenig ins Gewicht fällt, ist dies: wenn die Militärpersonenrechte infolge ihrer Verstärkung auf eine Art und Weise erhöht werden, die mehr als die Hälfte der Steuerzahler ist. Wir sind seit Jahr und Tag für die Reform der Militärpersonenrechte eingetragen und halten sie vor wie noch für ein so wichtiges Erfordernis der Zeit, namentlich auch in sozialpolitischer Beziehung, daß wir ihrer Förderung den allergrößten Nachdruck geben müssen. Militärpersonenrechte, die mit der Ritterei stattdessen zu kämpfen haben, gehen der militärischen und staatsfeindlichen Kritik doppelten Anstoß, so abfällig wie möglich über die dermalige Staats- und Exportsförderung zu ergehen. Was u. a. sozialpolitisch nicht wenig ins Gewicht fällt, ist dies: wenn die Militärpersonenrechte infolge ihrer Verstärkung auf eine Art und Weise erhöht werden, die mehr als die Hälfte der Steuerzahler ist. Wir sind seit Jahr und Tag für die Reform der Militärpersonenrechte eingetragen und halten sie vor wie noch für ein so wichtiges Erfordernis der Zeit, namentlich auch in sozialpolitischer Beziehung, daß wir ihrer Förderung den allergrößten Nachdruck geben müssen. Militärpersonenrechte, die mit der Ritterei stattdessen zu kämpfen haben, gehen der militärischen und staatsfeindlichen Kritik doppelten Anstoß, so abfällig wie möglich über die dermalige Staats- und Exportsförderung zu ergehen. Was u. a. sozialpolitisch nicht wenig ins Gewicht fällt, ist dies: wenn die Militärpersonenrechte infolge ihrer Verstärkung auf eine Art und Weise erhöht werden, die mehr als die Hälfte der Steuerzahler ist. Wir sind seit Jahr und Tag für die Reform der Militärpersonenrechte eingetragen und halten sie vor wie noch für ein so wichtiges Erfordernis der Zeit, namentlich auch in sozialpolitischer Beziehung, daß wir ihrer Förderung den allergrößten Nachdruck geben müssen. Militärpersonenrechte, die mit der Ritterei stattdessen zu kämpfen haben, gehen der militärischen und staatsfeindlichen Kritik doppelten Anstoß, so abfällig wie möglich über die dermalige Staats- und Exportsförderung zu ergehen. Was u. a. sozialpolitisch nicht wenig ins Gewicht fällt, ist dies: wenn die Militärpersonenrechte infolge ihrer Verstärkung auf eine Art und Weise erhöht werden, die mehr als die Hälfte der Steuerzahler ist. Wir sind seit Jahr und Tag für die Reform der Militärpersonenrechte eingetragen und halten sie vor wie noch für ein so wichtiges Erfordernis der Zeit, namentlich auch in sozialpolitischer Beziehung, daß wir ihrer Förderung den allergrößten Nachdruck geben müssen. Militärpersonenrechte, die mit der Ritterei stattdessen zu kämpfen haben, gehen der militärischen und staatsfeindlichen Kritik doppelten Anstoß, so abfällig wie möglich über die dermalige Staats- und Exportsförderung zu ergehen. Was u. a. sozialpolitisch nicht wenig ins Gewicht fällt, ist dies: wenn die Militärpersonenrechte infolge ihrer Verstärkung auf eine Art und Weise erhöht werden, die mehr als die Hälfte der Steuerzahler ist. Wir sind seit Jahr und Tag für die Reform der Militärpersonenrechte eingetragen und halten sie vor wie noch für ein so wichtiges Erfordernis der Zeit, namentlich auch in sozialpolitischer Beziehung, daß wir ihrer Förderung den allergrößten Nachdruck geben müssen. Militärpersonenrechte, die mit der Ritterei stattdessen zu kämpfen haben, gehen der militärischen und staatsfeindlichen Kritik doppelten Anstoß, so abfällig wie möglich über die dermalige Staats- und Exportsförderung zu ergehen. Was u. a. sozialpolitisch nicht wenig ins Gewicht fällt, ist dies: wenn die Militärpersonenrechte infolge ihrer Verstärkung auf eine Art und Weise erhöht werden, die mehr als die Hälfte der Steuerzahler ist. Wir sind seit Jahr und Tag für die Reform der Militärpersonenrechte eingetragen und halten sie vor wie noch für ein so wichtiges Erfordernis der Zeit, namentlich auch in sozialpolitischer Beziehung, daß wir ihrer Förderung den allergrößten Nachdruck geben müssen. Militärpersonenrechte, die mit der Ritterei stattdessen zu kämpfen haben, gehen der militärischen und staatsfeindlichen Kritik doppelten Anstoß, so abfällig wie möglich über die dermalige Staats- und Exportsförderung zu ergehen. Was u. a. sozialpolitisch nicht wenig ins Gewicht fällt, ist dies: wenn die Militärpersonenrechte infolge ihrer Verstärkung auf eine Art und Weise erhöht werden, die mehr als die Hälfte der Steuerzahler ist. Wir sind seit Jahr und Tag für die Reform der Militärpersonenrechte eingetragen und halten sie vor wie noch für ein so wichtiges Erfordernis der Zeit, namentlich auch in sozialpolitischer Beziehung, daß wir ihrer Förderung den allergrößten Nachdruck geben müssen. Militärpersonenrechte, die mit der Ritterei stattdessen zu kämpfen haben, gehen der militärischen und staatsfeindlichen Kritik doppelten Anstoß, so abfällig wie möglich über die dermalige Staats- und Exportsförderung zu ergehen. Was u. a. sozialpolitisch nicht wenig ins Gewicht fällt, ist dies: wenn die Militärpersonenrechte infolge ihrer Verstärkung auf eine Art und Weise erhöht werden, die mehr als die Hälfte der Steuerzahler ist. Wir sind seit Jahr und Tag für die Reform der Militärpersonenrechte eingetragen und halten sie vor wie noch für ein so wichtiges Erfordernis der Zeit, namentlich auch in sozialpolitischer Beziehung, daß wir ihrer Förderung den allergrößten Nachdruck geben müssen. Militärpersonenrechte, die mit der Ritterei stattdessen zu kämpfen haben, gehen der militärischen und staatsfeindlichen Kritik doppelten Anstoß, so abfällig wie möglich über die dermalige Staats- und Exportsförderung zu ergehen. Was u. a. sozialpolitisch nicht wenig ins Gewicht fällt, ist dies: wenn die Militärpersonenrechte infolge ihrer Verstärkung auf eine Art und Weise erhöht werden, die mehr als die Hälfte der Steuerzahler ist. Wir sind seit Jahr und Tag für die Reform der Militärpersonenrechte eingetragen und halten sie vor wie noch für ein so wichtiges Erfordernis der Zeit, namentlich auch in sozialpolitischer Beziehung, daß wir ihrer Förderung den allergrößten Nachdruck geben müssen. Militärpersonenrechte, die mit der Ritterei stattdessen zu kämpfen haben, gehen der militärischen und staatsfeindlichen Kritik doppelten Anstoß, so abfällig wie möglich über die dermalige Staats- und Exportsförderung zu ergehen. Was u. a. sozialpolitisch nicht wenig ins Gewicht fällt, ist dies: wenn die Militärpersonenrechte infolge ihrer Verstärkung auf eine Art und Weise erhöht werden, die mehr als die Hälfte der Steuerzahler ist. Wir sind seit Jahr und Tag für die Reform der Militärpersonenrechte eingetragen und halten sie vor wie noch für ein so wichtiges Erfordernis der Zeit, namentlich auch in sozialpolitischer Beziehung, daß wir ihrer Förderung den allergrößten Nachdruck geben müssen. Militärpersonenrechte, die mit der Ritterei stattdessen zu kämpfen haben, gehen der militärischen und staatsfeindlichen Kritik doppelten Anstoß, so abfällig wie möglich über die dermalige Staats- und Exportsförderung zu ergehen. Was u. a. sozialpolitisch nicht wenig ins Gewicht fällt, ist dies: wenn die Militärpersonenrechte infolge ihrer Verstärkung auf eine Art und Weise erhöht werden, die mehr als die Hälfte der Steuerzahler ist. Wir sind seit Jahr und Tag für die Reform der Militärpersonenrechte eingetragen und halten sie vor wie noch für ein so wichtiges Erfordernis der Zeit, namentlich auch in sozialpolitischer Beziehung, daß wir ihrer Förderung den allergrößten Nachdruck geben müssen. Militärpersonenrechte, die mit der Ritterei stattdessen zu kämpfen haben, gehen der militärischen und staatsfeindlichen Kritik doppelten Anstoß, so abfällig wie möglich über die dermalige Staats- und Exportsförderung zu ergehen. Was u. a. sozialpolitisch nicht wenig ins Gewicht fällt, ist dies: wenn die Militärpersonenrechte infolge ihrer Verstärkung auf eine Art und Weise erhöht werden, die mehr als die Hälfte der Steuerzahler ist. Wir sind seit Jahr und Tag für die Reform der Militärpersonenrechte eingetragen und halten sie vor wie noch für ein so wichtiges Erfordernis der Zeit, namentlich auch in sozialpolitischer Beziehung, daß wir ihrer Förderung den allergrößten Nachdruck geben müssen. Militärpersonenrechte, die mit der Ritterei stattdessen zu kämpfen haben, gehen der militärischen und staatsfeindlichen Kritik doppelten Anstoß, so abfällig wie möglich über die dermalige Staats- und Exportsförderung zu erge

der Mittäterschaft vorliegt. Er gewinnt diese Überzeugung aus der Sichtung des Angeklagten zum Reichstagswahlrecht. Daraus folgt, dass dem Angeklagten die Freiheit des Urteils bekannt gewesen, ergibt sich aus dem bei ihm vorgefundenen Rechtsurkunde und aus einem an ihn gerichteten Schreiben vom 19. Februar 1900. Der Gesetzgeber hat bestimmt, dass der Angeklagte, wie ihm gewollt, wieder zu 300 A Goldmark freist. 20 Tage Strafanzeige verurteilt. Darauf zu Oettingen die Befreiungserlaubnis im "Pferdehund", der "Zerstörung für Ob- und Untergrenzen" und der "Kreuzzeitung" gesprochen und die Unterschärzung der Platten und Formen verfügt.

* **Osterr.-Ungarn.** Eine Notiz der "Schles. Zeit." teilt mit, dass im Reichstag Verhandlungen gemacht werden würden, bei der Beratung über die Vorlage betr. den Bau der Eisenbahn Dorpat-Saloa-Wragos eine Erweiterung der in Aussicht genommenen Spurweite von 0,67 m auf 1 m durchzuführen. Angleich und beide Lagerpositionen Parteien im Reichstag entslossen, ihre Zustimmung zu der Vorlage von der Verwirklichung dieser Forderung abhängig zu machen.

* **Der neue Zentralvorstand der nationalliberalen Partei** trifft, wie bereits gemeldet, am Sonntag, 17. April, vorzeitig 11 Uhr, zu seiner ersten Beratung zusammen. Auf der Tagesordnung steht: Konstituierung des Zentralvorstandes; Jahresbericht; die politische Lage (Referent Abg. Dr. Sattler) und der Entwurf eines Organisationsstatutes. Die Beziehung an dieser ersten Sitzung des Zentralvorstandes verleiht leicht zu werden. Nach Bekanntgabe des Beschlusses findet im "Kaffeehaus" ein gemeinsames Mittagessen statt.

* **Der Strafauflauf gegen Redakteure.** Der Reichstag beschloss, dass "Bereits Berliner Woche", Chefredakteur Hollatz, persönlich, in der "Volksstimme", eine Erklärung nach der Auskunftnahme Dr. Sonnleitner's ihm und einem anderen Redakteur gegenüber verstanden habe, bei den Gefangnisverhöpfungen dafür zu sorgen, dass Redakteuren Vergünstigungen beim Strafauflauf zu erwarten hätten. Einem Unterschied zwischen zwei dem sozialdemokratischen und anderen Redakteuren habe, wie er gegenwärtigen Schimpfungen gegenüber feststellen müsse, der Hausherr nicht nachgekommen. Nach Bekanntgabe des Beschlusses findet im "Kaffeehaus" ein gemeinsames Mittagessen statt.

* **Bonn, 8. April.** Pierre Hohenberg hat sich bereit erklärt, den Posten im Rheinischen Hauptverein des Evangelischen

Unternehmens weiterzuführen.

* **Stuttgart, 8. April.** In der Kommission der Abgeordnetenkammer wurde heute einstimmig ein Antrag angenommen, in dem die Regierung erachtet wird, im Bunde für unverzögliche Einführung eines Gesetzesentwurfs über Errichtung einer geordneten Vertretung der Arbeiter einzutreten. Der Minister des Innern u. Wissel erklärte, die württembergische Regierung werde im Bundesrat für Belehrung der Angelegenheit befreit sein. Er persönlich sei der Meinung, dass eine ausführliche Arbeiterversetzung vor einer gemeinsamen Vertretung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern den Vorsprung verdiente. Der Kammer waren im ganzen drei Anträge gleicher Tendenz überwiesen worden, nämlich 1) der sozialdemokratische Antrag auf Schaffung von vier Arbeiterversammlungen und einer Zentralstelle für Arbeiterversammlungen; 2) der Antrag des Zentrums, die Regierung möge im Bundesrat für die Schaffung von Arbeits- oder Industriefammlungen eintreten und, falls im Laufe der gegenwärtigen Gesetzgebungsperiode (der Antrag des Zentrums wurde im Jahre 1890 eingereicht) eine Ausübung auf reichsgesetzliche Regelung nicht zu gewinnen sei, im Rahmen des Reichsrechts vorgehen; 3) ein Antrag der Deutschen Partei, die Regierung möge im Bundesrat für die Errichtung von Arbeiterversammlungen eintreten. Dieser Antrag war eine ausführliche Begründung beigegeben, deshalb, dass die Arbeiter schon seit den Kaiserlichen Erlassen von 1890 vergleichbar auf eine Arbeiterversetzung geworben hätten, das die Zeit des Marxes nun mehr aber vor und ein Landesgesetzliche Vorgaben geboten sei. Die Staatsrechtlichen Einwände, die bisher von den Regierungen geltend gemacht wurden, seien sowohl in Bonn als in Baden fallen gelassen worden. Da aber noch Anzahl der Kommission die reichsrechtliche Regelung der landesgesetzlichen vorzuhaben ist, so soll zunächst der Rückdruck auf das reichsrechtliche Vorgehen gelegt werden und nur für den Fall, dass die unverzögliche Regelung der Angelegenheit von Reichsgegenständen in den Weg treten sollten, ein landesgesetzliches Vorgehen empfohlen werden.

* **Sammler einstimmiger Beschluss** zu stande, die Regierung zu erkennen. 1) sie wolle im Bundesrat für die unverzögliche Einführung einer Gesetzesvorlage, bei der die Errichtung einer geordneten Vertretung der Arbeiter zum freien und friedlichen Austausch ihrer Erfahrungen, auch den Sozialabschüssen gegenüber, eintreten; 2) für den Fall, dass die bei den Reichsbehörden aus Zeit im Voreinsichtlichen, auf Schaffung der in Ziffer 1 bezeichneten Organisationen gerichteten Verschreibungen ohne Erfolg verlaufen, dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes vorlegen.

* **Minister Dr. v. Pischel** sprach sich zum ersten Teil dieses Antrags aus. Das Bedürfnis nach einer Arbeiterversetzung sei von der Regierung längst anerkannt, aber der allein mögliche Weg sei der der Reichsregierung. Es sei nicht zu befürchten, dass die Sache auf die lange Bank geschoben werde. Wie die Arbeiterversetzung zu gehalten sei, das könne man als eine Frage von sekundärer Bedeutung ansiehen. Es persönlich sei noch immer der Meinung, dass einsetzende Arbeiterversetzungen den Vorsprung verdienen. Gegen ein landesgesetzliches Vorgehen hing er auch jetzt noch dieselben staatsrechtlichen und politischen Bedenken, wie früher. Wenn aber die Kommission den Eventualantrag annehmen wolle, so werde er sich dem nicht widersetzen. Auf alle Fälle werde die Regierung im Bundesrat für eine Bekämpfung der Sache eintreten. Eine Parallelaktion auf landesgesetzlichem Wege wäre unantastbar.

Husland.

Österreich-Ungarn.

* **Die Ministertreffenkunst in Abbazia** veranlasst das "Wiener Fremdenblatt" zu Ausführungen, die offenbar die Ansicht der Regierungskreise zum Ausdruck bringen. Das offizielle Blatt weist auf die Treibereien gegen Österreich-Ungarn hin, die begannen, auf die italienische Regierung im Sinne einer Ablenkung von der bisherigen Richtung der italienischen Politik erfolgreich einzutreten. Das Blatt konstatiert mit Verdrussung, dass alle diese Versuche vollständig gescheitert seien und den mit dem Antritt des niederösterreichischen Kabinettts die dortige österreichische Meinung eine bestimmtere Haltung genommen habe, was umso erfreulicher sei, als man in Österreich-Ungarn wünsche, mit Italien nicht nur durch die Buchstaben des Vertrages verbunden zu sein, sondern auch durch das Einverständnis der Rössler, das auf der Erfahrung der Gemeinsamkeit der großen Interessen des Friedens beruhe. Die Ausführungen der italienischen Presse gelegentlich der Zusammenkünste der Monarchen in Neapel über das Verhältnis Italiens zu Österreich-Ungarn, sowie die Kommentare der italienischen Blätter zu der Zusammenkunft des Grafen Soluchowski mit dem Minister des Neuenen Tittoni seien ein Beweis für die eingetretene Wandelung. Jedenfalls eine schändliche Veranlassung sei die Zusammen-

kunft in Abbazia nicht zu unterschreiben. Selbstverständlich würden beide Minister politische Tagessfragen besprechen, aber auch diese, speziell die Balkanfrage hätten keinen Grund gehabt, die Begegnung herbeizuführen. Die Balkanfrage sei augenscheinlich ganz in der Reformfrage enthalten. Gelinge es, wie man hoffe, den zur Durchführung der Reformen eingesetzten Organen, die ihnen gestellte Aufgaben zu erfüllen, so sei dem Lande die Ruhe gesichert und der status quo bleibt gewahrt. So lange dies der Fall sei, könne auch kein Anschluss an Einigung austauschen. Sowohl die betreffenden Vereinbarungen zwischen Österreich-Ungarn und Italien wünschenswert erscheinen seien, wären sie seit langem ausgetauscht. Österreich-Ungarn und Italien müssten, das sie sich gegenseitig auf ihre Unabhängigkeit bezüglich des Balkans einverstanden verloren könnten. Der Stuhl Tittoni sei nur als ein höchst erfreuliches Zeichen des freundlichen Verhältnisses der beiden Mächte zu betrachten. Das "Fremdenblatt" schließt: "Jede einzelne Macht kann verschiedene Verbündete angehören, ohne mit sich selbst in Widerbruch zu geraten. Die Freiheit für das Friedensbündnis beacht durch andere Beziehungen nicht erschüttert zu werden. Als eine neue Verstärkung dieser Freiheit begrüßen wir herzlich die Begegnung der Minister in Abbazia, wie wir die Begegnung der Monarchen in Neapel begrüßen."

Frankreich.

* Das englisch-französische Kolonialabkommen über Neufrankland enthält folgende Bestimmungen:

Frankreich gibt sein Recht auf die French Shore auf, nämlich das Recht, auf dem Sande feste zu verschichten und zu trocken. Es behält das Altersrecht in den Gewässern der French Shore längs einem Küstenstriche von 180 Kilometer und erhält für seine Fischer das Recht, sich an der Küste mit Süßen zu versorgen, und nicht nur Süßwasser, sondern auch Hammern zu fischen. Außerdem soll der Sanden, den etwa die Nieder- und Seestrate durch die Neugestaltung der Dinge erleiden sollten, durch eine französisch-englische Kommission oder eventuell durch einen vom Haager Schiedsgericht zu ernennenden Obertribunal festgestellt werden. Für die Abteilung der French Shore wird Frankreich eine Grenzerläuterung zwischen dem Niger und dem Schadée zugestanden, wodurch Frankreich eine durch fruchtbaren Boden fließende Strasse vom Niger nach dem Sinaï-Ostsee erhält. Ferner erhält Frankreich die Los-Insula, welche für England lediglich militärischen Wert hatte, sowie Stadt und Gebiet Harbatenda am schiffbaren Comba-Stuk, wodurch französische Schiffe französisches Gebiet anlaufen können. In der Erklärung bezüglich Siam wird das Ueberkommen von 1896 genau präzisiert. Beide Mächte erlangen vollständige Unabhängigkeit in den westlich vom Penan-Fluss gelegenen thailändischen Provinzen. Ferner wird die territoriale Unveränderlichkeit und der status quo bewahrt. In der Erklärung, betreffend die neuen Gebiete, wird die Einführung einer Kommission, betreffend Beilegung von Streitigkeiten, beschlossen.

Dänemark.

* **Der deutsche Kronprinz in Kopenhagen.** Gestern abend 7 Uhr fand beim dänischen Kronprinzen Galatoff I. ein Anlass des Geburtstages des Königs statt, an welcher teilnahmen: König Christian, der König und die Königin von England, der deutsche Kronprinz, österreichische Mitglieder der königlichen Familie, die Minister und Gouverneure. Der deutsche Kronprinz brachte einen Kusspruch auf den König aus, in dem er seinen Freude über die Ehes-Ausdruck gab, bei dem er gegenzu sein. Um 9 Uhr war das Fest beendet. An die Begleiter des Kronprinzen wurden folgende Ueberschriften verliehen: Hofmarschall v. Trotha erhielt das Kommandeurkreuz 1. Klasse des Dannebrogordens, Adjutant Major v. Oppen und Oberstabsarzt Dr. Widemann erhielten das Kommandeurkreuz 2. Klasse desselben Ordens.

Rußland.

* **Ein Blechweiser Erlass**, betr. die Judenfrage, der als vertretliches Rundschreiben an die Gouverneure, Stadthäupter und Polizeimeister gerichtet ist, kündigt eine Revision der jüdischen Bevölkerung des Reiches betreffend den Gesetzen an. Die Unfreiheit der bestehenden Gesetze hätte zur unausbleiblichen Folge, dass die Einheitlichkeit wie die Ausführung der auf Grund dieser Gesetze momentan von den unteren Behörden getroffenen Verfassungen ungünstig beeinflusst würden. Unter solchen Umständen wäre es nicht ganz recht fertig, wollte man alle schweren Folgen einer unregelmäßigen Riederoßung von Juden außerhalb der ihnen zum Wohnung angewiesenen Gebiete ausschließlich die Juden allein tragen lassen. Es wäre das momentan in letzter Zeit ungerechtfertigt, so durch die kriegerischen Ereignisse im ferneren Osten mit den durch die bedrohten Mobilmäßigungen in einigen Militärbezirken und der Einberufung der Reserve, unter weitemlich eventuell Anhörung der ausgewanderten jüdischen Familien befinden können, die schweren Folgen der Auswanderungen von den Betroffenen doppelt schwer empfunden werden müssen. Bis zur Wiederherstellung des Friedens steht daher alle Juden, die sich nach Auffassung der örtlichen Behörden zu Unrecht irgendwo aufzuhalten, unbedingt gelassen werden. Das Rundschreiben schreibt: "Ich sage hingegen, dass als unbedingte Voraussetzung für die Anwendung der vorstehenden Verordnung die Überzeugung der lokalen Behörden gelten muss, dass der zum Wohnen außerhalb des für ihn bestimmten Gebietes zugelassene Jude die öffentliche Ruhe nicht gefährdet und durch seine Anwesenheit nicht die Unruhe erweckt hat der Bevölkerung in deren Mitte er wohnt, erregen wird."

Afrika.

* **Die Stimmung unter den Vooren** schildert ein im östlichen Transvaal ansässiger Engländer in der "Morning Post" als sehr bedenklich und besorgniserregend für England. Es sei ein offenes Geheimnis, dass nicht nur eine organisierte Verschwörung bestünde, sondern dass man sogar heute schon über Gewaltmittel sowie über Waffen in gewaltiger Weise verfüge. Der Waffenhandel blühe, und außerdem seien nicht die Hälfte der Waffen nach dem Schlag abgegeben worden. Die Vooren betrachten sich lebensweit so fest, sondern legten die Friedensbedingungen breit, so aus, dass ein Sieg der Vooren dabei herauskomme. Außerdem sei es ihnen gelungen, die Engländer, die während des Feldzugs am Seiten der Vooren standen, gegen England aufzuholen. Diese Engländer belagerten sie nicht nur über ihre Entwaffnung nach dem Feldzuge, sondern auch darüber, dass man die ihnen gemachten Versprechungen nicht eingehalten habe. Viele von ihnen seien im Befreiung von Regierungsschwestern, deren Entlassung verweigert worden wäre. Der Korrespondent der "Morning Post" hält es für unbedingt notwendig, englische Siedler, meist unter Leitung von General Sir Evelyn Wood, in das Land zu rufen. Dieser Bericht steht in starker Übereinstimmung zu den Erklärungen, die unangängig auf dem Vortag in Krügerndorp abgegeben wurden.

Personalveränderungen in der königl. sächsischen Armee.

Offiziere, Räte und Beamte usw.

A. Ernennungen, Beförderungen und Verleihungen.

Den 8. April.

Brkr. v. Odeleben, Major im Kriegsministerium, als Offizier zum 2. Infanterie-Regt. Nr. 28, Neubauer, Hauptmann im Stab des 4. Infanterie-Regt. Nr. 48, in das Kriegsministerium, versetzt.

Im Dienst zu verbleiben.

Den 8. April.

v. Poncet, Königl. Preuß. Art. d. 3. Regt. im Kriegsministerium, als Offizier zum 2. Infanterie-Regt. Nr. 24 in der Königl. Söldl. Armee, und zwar als 2. Offizier, bei Regt. des 2. Inf. Regt. "Königl. Garde" Nr. 10, mit einem Patente vom 1. Juli 1896 angesetzt und vom 11. April d. J. auf ein Jahr zur Dienstleistung bei diesem Regiment kommandiert.

Im Dienst zu verbleiben.

Den 8. April.

Schramm, Rint. der Regt. des 1. Train-Bataill. Nr. 12, bei dem Heer zu verbleiben.

Den 8. April.

Der König hat dem Reichsfeldherrn a. D. Gallard in Böhmen das Abreisetzen der Erblandes zur Anlegung des neuen verdeckten Ausdehnungsteiles und zwar: des Mittleren 2. Flügels des Königlich Preußischen Friedens-Ordens mit Schwert, dem Oberst: im 1. Bataillon, Bataill. Nr. 12, kommandiert zum Südwesten um Berlin in Berlin-Lichtenberg. Der König hat dem Reichsfeldherrn a. D. Gallard die Erblande zur Anlegung des neuen verdeckten Ausdehnungsteiles und zwar: des Mittleren 2. Flügels des Königlich Preußischen Friedens-Ordens mit Schwert, dem Oberst: im 1. Bataillon, Bataill. Nr. 12, kommandiert zum Südwesten um Berlin in Berlin-Lichtenberg. Der König hat dem Reichsfeldherrn a. D. Gallard die Erblande zur Anlegung des neuen verdeckten Ausdehnungsteiles und zwar: des Mittleren 2. Flügels des Königlich Preußischen Friedens-Ordens mit Schwert, dem Oberst: im 1. Bataillon, Bataill. Nr. 12, kommandiert zum Südwesten um Berlin in Berlin-Lichtenberg. Der König hat dem Reichsfeldherrn a. D. Gallard die Erblande zur Anlegung des neuen verdeckten Ausdehnungsteiles und zwar: des Mittleren 2. Flügels des Königlich Preußischen Friedens-Ordens mit Schwert, dem Oberst: im 1. Bataillon, Bataill. Nr. 12, kommandiert zum Südwesten um Berlin in Berlin-Lichtenberg. Der König hat dem Reichsfeldherrn a. D. Gallard die Erblande zur Anlegung des neuen verdeckten Ausdehnungsteiles und zwar: des Mittleren 2. Flügels des Königlich Preußischen Friedens-Ordens mit Schwert, dem Oberst: im 1. Bataillon, Bataill. Nr. 12, kommandiert zum Südwesten um Berlin in Berlin-Lichtenberg. Der König hat dem Reichsfeldherrn a. D. Gallard die Erblande zur Anlegung des neuen verdeckten Ausdehnungsteiles und zwar: des Mittleren 2. Flügels des Königlich Preußischen Friedens-Ordens mit Schwert, dem Oberst: im 1. Bataillon, Bataill. Nr. 12, kommandiert zum Südwesten um Berlin in Berlin-Lichtenberg. Der König hat dem Reichsfeldherrn a. D. Gallard die Erblande zur Anlegung des neuen verdeckten Ausdehnungsteiles und zwar: des Mittleren 2. Flügels des Königlich Preußischen Friedens-Ordens mit Schwert, dem Oberst: im 1. Bataillon, Bataill. Nr. 12, kommandiert zum Südwesten um Berlin in Berlin-Lichtenberg. Der König hat dem Reichsfeldherrn a. D. Gallard die Erblande zur Anlegung des neuen verdeckten Ausdehnungsteiles und zwar: des Mittleren 2. Flügels des Königlich Preußischen Friedens-Ordens mit Schwert, dem Oberst: im 1. Bataillon, Bataill. Nr. 12, kommandiert zum Südwesten um Berlin in Berlin-Lichtenberg. Der König hat dem Reichsfeldherrn a. D. Gallard die Erblande zur Anlegung des neuen verdeckten Ausdehnungsteiles und zwar: des Mittleren 2. Flügels des Königlich Preußischen Friedens-Ordens mit Schwert, dem Oberst: im 1. Bataillon, Bataill. Nr. 12, kommandiert zum Südwesten um Berlin in Berlin-Lichtenberg. Der König hat dem Reichsfeldherrn a. D. Gallard die Erblande zur Anlegung des neuen verdeckten Ausdehnungsteiles und zwar: des Mittleren 2. Flügels des Königlich Preußischen Friedens-Ordens mit Schwert, dem Oberst: im 1. Bataillon, Bataill. Nr. 12, kommandiert zum Südwesten um Berlin in Berlin-Lichtenberg. Der König hat dem Reichsfeldherrn a. D. Gallard die Erblande zur Anlegung des neuen verdeckten Ausdehnungsteiles und zwar: des Mittleren 2. Flügels des Königlich Preußischen Friedens-Ordens mit Schwert, dem Oberst: im 1. Bataillon, Bataill. Nr. 12, kommandiert zum Südwesten um Berlin in Berlin-Lichtenberg. Der König hat dem Reichsfeldherrn a. D. Gallard die Erblande zur Anlegung des neuen verdeckten Ausdehnungsteiles und zwar: des Mittleren 2. Flügels des Königlich Preußischen Friedens-Ordens mit Schwert, dem Oberst: im 1. Bataillon, Bataill. Nr. 12, kommandiert zum Südwesten um Berlin in Berlin-Lichtenberg. Der König hat dem Reichsfeldherrn a. D. Gallard die Erblande zur Anlegung des neuen verdeckten Ausdehnungsteiles und zwar: des Mittleren 2. Flügels des Königlich Preußischen Friedens-Ordens mit Schwert, dem Oberst: im 1. Bataillon, Bataill. Nr. 12, kommandiert zum Südwesten um Berlin in Berlin-Lichtenberg. Der König hat dem Reichsfeldherrn a. D. Gallard die Erblande zur Anlegung des neuen verdeckten Ausdehnungsteiles und zwar: des Mittleren 2. Flügels des Königlich Preußischen Friedens-Ordens mit Schwert, dem Oberst: im 1. Bataillon, Bataill. Nr. 12, kommandiert zum Südwesten um Berlin in Berlin-Lichtenberg. Der König hat dem Reichsfeldherrn a. D. Gallard die Erblande zur Anlegung des neuen verdeckten Ausdehnungsteiles und zwar: des Mittleren 2. Flügels des Königlich Preußischen Friedens-Ordens mit Schwert, dem Oberst: im 1. Bataillon, Bataill. Nr. 12, kommandiert zum Südwesten um Berlin in Berlin-Lichtenberg. Der König hat dem Reichsfeldherrn a. D. Gallard die Erblande zur Anlegung des neuen verdeckten Ausdehnungsteiles und zwar: des Mittleren 2. Flügels des Königlich Preußischen Friedens-Ordens mit Schwert, dem Oberst: im 1. Bataillon, Bataill. Nr. 12, kommandiert zum Südwesten um Berlin in Berlin-Lichtenberg. Der König hat dem Reichsfeldherrn a. D. Gallard die Erblande zur Anlegung des neuen verdeckten Ausdehnungsteiles und zwar: des Mittleren 2. Flügels des Königlich Preußischen Friedens-Ordens mit Schwert, dem Oberst: im 1. Bataillon, Bataill. Nr. 12, kommandiert zum Südwesten um Berlin in Berlin-Lichtenberg. Der König hat dem Reichsfeldherrn a. D. Gallard die Erblande zur Anlegung des neuen verdeckten Ausdehnungsteiles und zwar: des Mittleren 2. Flügels des Königlich Preußischen Friedens-Ordens mit Schwert, dem Oberst: im 1. Bataillon, Bataill. Nr. 12, kommandiert zum Südwesten um Berlin in Berlin-Lichtenberg. Der König hat dem Reichsfeldherrn a. D. Gallard die Erblande zur Anlegung des neuen verdeckten Ausdehnungsteiles und zwar: des Mittleren 2. Flügels des Königlich Preußischen Friedens-Ordens mit Schwert, dem Oberst: im 1. Bataillon, Bataill. Nr. 12, kommandiert zum Südwesten um Berlin in Berlin-Lichtenberg. Der König hat dem Reichsfeldherrn a. D. Gallard die Erblande zur Anlegung des neuen verdeckten Ausdehnungsteiles und zwar: des Mittleren 2. Flügels des Königlich Preußischen Friedens-Ordens mit Schwert, dem Oberst: im 1. Bataillon, Bataill. Nr. 12, kommandiert zum Südwesten um Berlin in Berlin-Lichtenberg. Der König hat dem Reichsfeldherrn a. D. Gallard die Erblande zur Anlegung des neuen verdeckten Ausdehnungsteiles und zwar: des Mittleren 2. Flügels des Königlich Preußischen Friedens-Ordens mit Schwert, dem Oberst: im 1. Bataillon, Bataill. Nr. 12, kommandiert zum Südwesten um Berlin in Berlin-Lichtenberg. Der König hat dem Reichsfeldherrn a. D. Gallard die Erblande zur Anlegung des neuen verdeckten Ausdehnungsteiles und zwar: des Mittleren 2. Flügels des Königlich Preußischen Friedens-Ordens mit Schwert, dem Oberst: im 1. Bataillon, Bataill. Nr. 12, kommandiert zum Südwesten um Berlin in Berlin-Lichtenberg. Der König hat dem Reichsfeldherrn a. D. Gallard die Erblande

Aus der Umgegend.

* **Tauben**, 8. April. Hier stand gestern die feierliche Einweihung eines neuen ständigen Lehrers, stud. päd. Brüd. und zweier Villen, eand. rev. min. Hochmuth und Schulamtslehrer Lechner, statt.

Aus Sachsen.

* **Trossen**, 8. April. Hier verstarb gestern der Konsul der Vereinigten Staaten von Brasilien, Herr Ernst Spann.

B. **Pirna**, 8. April. Aus den über den Auswanderer-Selbst auf den böhmisch-sächsischen Linie geführten Nachweise ist zu ersehen, daß im vergangenen Monat März 1901 aus den österreichischen Kronländern kommende Auswanderer die Station Tetschen passierten, gegenüber 8000 im März des Vorjahres.

r. **Plauen** i. B., 9. April. Wegen unbefugter Ausübung der Heilfunktion hat der Apothekenbesitzer Dr. phil. Lümann in Schönau vom vorigen Stadttag im Januar d. J. eine Strafklage in Höhe von 35.- erbracht, weil er einem dortigen Handwerkmeister, der über Reichen im Ameis flachte und einen Blasen-ausfall vorwies, eine Salbe als Heilmittel gegen diesen Ausfall gegeben hatte. Das Schöffengericht in Delitzsch bestätigte die Strafe; die Strafkammer des hiesigen Landgerichts erkannte jedoch gestern auf Aufhebung des Höchstgerichtlichen Urteils und Übernahme der Kosten auf die Staatskasse, da in der Angelegenheit ein Vorgehen verboten, gegen das eine Strafverfügung zu erlassen ungültig sei. Diese Entscheidung wird in den Kreisen unserer Apotheker mit großer Genugtuung begrüßt.

H. **Gattenheim**, 8. April. Die Bautätigkeit ist hier nach dem Osterfest sehr lebhaft geworden. Auch böhmisches Arbeiters sind wieder in größere Anzahl eingetroffen.

* **Meerane**, 8. April. Gleichwie in anderen Städten (Werdan, Aue, Bautzen usw.) hat der Rat auch hier nach dem Vorschlag des Schulausschusses die Einrichtung eines Heillurus für körpernde Schulkinder genehmigt und die dazu erforderlichen Mittel bewilligt. — In der Angelegenheit des vom Landeskonsistorium wegen des Gründes der Parochie geforderten Baues einer zweiten Kirche in unserer Stadt hat jetzt das Landeskonsistorium in einer Verordnung u. a. mitgeteilt, daß die einstweilige Errichtung einer so genannten Notkirche zu erwarten sein würde. Der Kirchenverein hat nur über diesen Punkt weiter zu beschließen.

* **Waldenburg**, 8. April. Im Bräundorf gräßt gegenwärtig unter den Pferden die sogen. *Vorwärts* die Pferdekrankheit. Es sind schon mehrere der Tiere von dieser heimtückischen Krankheit hinweggerafft worden.

* **Werdan**, 8. April. Der industrielle Geschäftsgang hat sich am bisherigen Platze seit vorigem Jahre in erfreulicher Weise gehoben und die Verbesserung erheblich von Bekanntheit und auf geringer Grundlage zu vernehmen. Industriearbeiter werden fortgesetzt gefunden. Nach dem Rückgang des letzten Jahres macht sich allenthalben eine erfreuliche Aufwärtsbewegung geltend, die sich auch dem Baumeister und dem sonstigen gewerblichen Leben mitteilen scheint. Räumlich die Bautätigkeit ist in diesem Frühjahr besonders rege.

* **Schöpau**, 8. April. Der hier abgehaltenen VII. Hauptversammlung der evangelisch-lutherischen Evangelischen Sachsen ging am Mittwoch abend vorher eine Begrüßungsfeier im "Kaisersaal", in welcher nach Bevollmächtigung der Gäste durch Bürgermeister Rudolph Pfarrer Wolf-Schöpau über Erteilung und Entwicklung der Kantorengesellschaften mit besonderer Beziehung auf die seit nahezu 300 Jahren bestehende Schöpauer Kantorei sprach. Konzertverträge der Stadtkapelle und der hiesigen Kantorei umrahmten die Feier. — Der Donnerstag wurde eingeleitet durch Blasen vom Kirchen- und liturgischen Gottesdienst in der Stadtkirche, worauf die Hauptversammlung ihren Anfang nahm, an welche sich nachmittags Kirchenkonzert in der Stadtkirche schloß.

* **Altenburg**, 8. April. Die hiesige Amtshauptmannschaft gibt bekannt, daß an sie gerichtete anonyme Eingaben keinerlei Anspruch auf irgendwelche Verküpfung haben.

Tödeln, 8. April. In dem Nachbarorte Zschaiß fand gestern die Weihe des neuerrichteten katholischen Schulhauses statt.

Aus Sachsens Umgebung.

* **Halle a. S.**, 8. April. Der Evangelische Verein in der Provinz Sachsen hält seine Jahrestersammlung am 25. und 26. 8. M. hierfür ab. Die Eröffnungsrede wird in der Marktkirche hält Herr Hofprediger D. Keggenbötzow.

* **Halle a. S.**, 8. April. Im Wiedereraufnahmeverfahren wurde von der hiesigen Strafkammer freigesprochen der Bahnsteigbauer Heinrich Bamann von hier. Er war im Februar d. J. wegen schwerer Sittlichkeitsvergehen zu 2 Jahren 3 Monaten Justizhaus verurteilt worden. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß d. J. die Tat in einem Anfalle von Geistesgestörtheit verübt.

□ **Görlitz**, 8. April. Der Harzverein für Geschichte und Altertumskunde hält seine vierjährige Hauptversammlung am 4. und 5. Juli hier ab. Am 6. Juli findet ein Ausflug nach Stadt und Schloss Mansfeld statt.

□ **Görlitz**, 8. April. Jagdzähler Otto erlegte einen 12 Kilo schweren Fischotter.

OP. bezeichnet: Oper-Passionss. Operette-Varieté. SP. " Schauspiel-Varieté.

Leipziger Bühnen.
Spielplan vom 10. bis mit 17. April 1904.

NK. bedeutet: Neu eröffnet.

	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend	Sonntag
Neues Theater	1. Seite (grün). Siegessäule. (Cavallerie-Battle.) Rosa Diavolo.	2. Seite (rot). Der Fliegende Holländer. Rudine.	3. Seite (rosa). Tanzländer. Gefährte.	4. Seite (braun). Gefährte.	5. Seite (rot). Die verlorene Blüte. (Oper.)	6. Seite (rot). Die Tochter des Regiments.	7. Seite (rosa).	8. Seite (braun).
Altres Theater	9. Seite (blau). Roter Lampen. Wilde 7.	10. Seite (blau). Zapfenstreich. Der Bettelstudent.	11. Seite (rosa). Kreis-Kreis.	12. Seite (rosa). Der Sümpfprinz.	13. Seite (rosa). Unsere Dorf-Quänt.	14. Seite (rosa). Die Stille um die Erde in 80 Tagen.	15. Seite (rosa). Madame Sans-Gêne.	16. Seite (rosa).
Schauspielhaus	17. Seite (blau). Der Strom. Wilde 7.	18. Seite (blau). Der Detektiv.	19. Seite (rosa). Gebüll des Menschen.	20. Seite (rosa). Der große Vogt.	21. Seite (rosa). Geschlechts-Menschen.	22. Seite (rosa). Das Tropfen Gold.	23. Seite (rosa). —	24. Seite (rosa). —

Auswärtige Bühnen.

Spielplan vom 10. bis mit 17. April 1904.

	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend	Sonntag
Dresden	Rudolf. 1. Der Wider- sprüchliche Büttner.	Zwangstreit. von Orleans.	Es werde Recht.	Die deutschen Kleinländer.	P. Rote Bernd.	Herodes und Mariamne.	Rote Bernd.	Rote Bernd.
	Abend: Der Hüttenbesitzer.							
Hofoper	Die Königin.	Monna Lescout.	Lohengrin.	Die Bohème. Auf dem Wiesenball. Nürnberg Puppen.		Wignen.	Tristan und Isolde.	—
Halle a. S.	Adam 3. Uhr: Martha. Wilde 7. Uhr: Eine Reise durch Halle in 80 Stunden.	Julius Cäsar. Eine Reise durch Nürnberg.	Eine Reise durch Halle in 80 Stunden.	Zampa.	—	—	—	—
Weimar	Der Budden.	—	Im reichen Hof.	Die Weißer- inger von Nürnberg.	—	—	Goethes Faust.	Goethes Faust.
Altenburg	Büttner.	Das verlorenhe Schloß.	Der Büttner.	Othello.	Der Raub der Sakristinnen.	—	—	—
Teuffel	Hoffmanns Erzählungen.	—	Egonist.	Russisch. Hölzel und Coetz.	Ulrich.	Ulrich.	Ulrich.	Ulrich.
Gera	Moße, Literatur.	Vieles- monder.	König Karls.	—	Kater Laemmle.	Wittholdig. Silberholz.	—	" in dir."

Fremdenliste.

Abend-Ausgabe des "Leipziger Tageblattes" vom 9. April 1904.

Redaktion verdeckt.

Leipzig, 9. April. Hotel de Russie. 10. Hotel de Russie. 11. Hotel, Kfm. 12. Hotel, Kfm. 13. Hotel, Kfm. 14. Hotel, Kfm. 15. Hotel, Kfm. 16. Hotel, Kfm. 17. Hotel, Kfm. 18. Hotel, Kfm. 19. Hotel, Kfm. 20. Hotel, Kfm. 21. Hotel, Kfm. 22. Hotel, Kfm. 23. Hotel, Kfm. 24. Hotel, Kfm. 25. Hotel, Kfm. 26. Hotel, Kfm. 27. Hotel, Kfm. 28. Hotel, Kfm. 29. Hotel, Kfm. 30. Hotel, Kfm. 31. Hotel, Kfm. 32. Hotel, Kfm. 33. Hotel, Kfm. 34. Hotel, Kfm. 35. Hotel, Kfm. 36. Hotel, Kfm. 37. Hotel, Kfm. 38. Hotel, Kfm. 39. Hotel, Kfm. 40. Hotel, Kfm. 41. Hotel, Kfm. 42. Hotel, Kfm. 43. Hotel, Kfm. 44. Hotel, Kfm. 45. Hotel, Kfm. 46. Hotel, Kfm. 47. Hotel, Kfm. 48. Hotel, Kfm. 49. Hotel, Kfm. 50. Hotel, Kfm. 51. Hotel, Kfm. 52. Hotel, Kfm. 53. Hotel, Kfm. 54. Hotel, Kfm. 55. Hotel, Kfm. 56. Hotel, Kfm. 57. Hotel, Kfm. 58. Hotel, Kfm. 59. Hotel, Kfm. 60. Hotel, Kfm. 61. Hotel, Kfm. 62. Hotel, Kfm. 63. Hotel, Kfm. 64. Hotel, Kfm. 65. Hotel, Kfm. 66. Hotel, Kfm. 67. Hotel, Kfm. 68. Hotel, Kfm. 69. Hotel, Kfm. 70. Hotel, Kfm. 71. Hotel, Kfm. 72. Hotel, Kfm. 73. Hotel, Kfm. 74. Hotel, Kfm. 75. Hotel, Kfm. 76. Hotel, Kfm. 77. Hotel, Kfm. 78. Hotel, Kfm. 79. Hotel, Kfm. 80. Hotel, Kfm. 81. Hotel, Kfm. 82. Hotel, Kfm. 83. Hotel, Kfm. 84. Hotel, Kfm. 85. Hotel, Kfm. 86. Hotel, Kfm. 87. Hotel, Kfm. 88. Hotel, Kfm. 89. Hotel, Kfm. 90. Hotel, Kfm. 91. Hotel, Kfm. 92. Hotel, Kfm. 93. Hotel, Kfm. 94. Hotel, Kfm. 95. Hotel, Kfm. 96. Hotel, Kfm. 97. Hotel, Kfm. 98. Hotel, Kfm. 99. Hotel, Kfm. 100. Hotel, Kfm. 101. Hotel, Kfm. 102. Hotel, Kfm. 103. Hotel, Kfm. 104. Hotel, Kfm. 105. Hotel, Kfm. 106. Hotel, Kfm. 107. Hotel, Kfm. 108. Hotel, Kfm. 109. Hotel, Kfm. 110. Hotel, Kfm. 111. Hotel, Kfm. 112. Hotel, Kfm. 113. Hotel, Kfm. 114. Hotel, Kfm. 115. Hotel, Kfm. 116. Hotel, Kfm. 117. Hotel, Kfm. 118. Hotel, Kfm. 119. Hotel, Kfm. 120. Hotel, Kfm. 121. Hotel, Kfm. 122. Hotel, Kfm. 123. Hotel, Kfm. 124. Hotel, Kfm. 125. Hotel, Kfm. 126. Hotel, Kfm. 127. Hotel, Kfm. 128. Hotel, Kfm. 129. Hotel, Kfm. 130. Hotel, Kfm. 131. Hotel, Kfm. 132. Hotel, Kfm. 133. Hotel, Kfm. 134. Hotel, Kfm. 135. Hotel, Kfm. 136. Hotel, Kfm. 137. Hotel, Kfm. 138. Hotel, Kfm. 139. Hotel, Kfm. 140. Hotel, Kfm. 141. Hotel, Kfm. 142. Hotel, Kfm. 143. Hotel, Kfm. 144. Hotel, Kfm. 145. Hotel, Kfm. 146. Hotel, Kfm. 147. Hotel, Kfm. 148. Hotel, Kfm. 149. Hotel, Kfm. 150. Hotel, Kfm. 151. Hotel, Kfm. 152. Hotel, Kfm. 153. Hotel, Kfm. 154. Hotel, Kfm. 155. Hotel, Kfm. 156. Hotel, Kfm. 157. Hotel, Kfm. 158. Hotel, Kfm. 159. Hotel, Kfm. 160. Hotel, Kfm. 161. Hotel, Kfm. 162. Hotel, Kfm. 163. Hotel, Kfm. 164. Hotel, Kfm. 165. Hotel, Kfm. 166. Hotel, Kfm. 167. Hotel, Kfm. 168. Hotel, Kfm. 169. Hotel, Kfm. 170. Hotel, Kfm. 171. Hotel, Kfm. 172. Hotel, Kfm. 173. Hotel, Kfm. 174. Hotel, Kfm. 175. Hotel, Kfm. 176. Hotel, Kfm. 177. Hotel, Kfm. 178. Hotel, Kfm. 179. Hotel, Kfm. 180. Hotel, Kfm. 181. Hotel, Kfm. 182. Hotel, Kfm. 183. Hotel, Kfm. 184. Hotel, Kfm. 185. Hotel, Kfm. 186. Hotel, Kfm. 187. Hotel, Kfm. 188. Hotel, Kfm. 189. Hotel, Kfm. 190. Hotel, Kfm. 191. Hotel, Kfm. 192. Hotel, Kfm. 193. Hotel, Kfm. 194. Hotel, Kfm. 195. Hotel, Kfm. 196. Hotel, Kfm. 197. Hotel, Kfm. 198. Hotel, Kfm. 199. Hotel, Kfm. 200. Hotel, Kfm. 201. Hotel, Kfm. 202. Hotel, Kfm. 203. Hotel, Kfm. 204. Hotel, Kfm. 205. Hotel, Kfm. 206. Hotel, Kfm. 207. Hotel, Kfm. 208. Hotel, Kfm. 209. Hotel, Kfm. 210. Hotel, Kfm. 211. Hotel, Kfm. 212. Hotel, Kfm. 213. Hotel, Kfm. 214. Hotel, Kfm. 215. Hotel, Kfm. 216. Hotel, Kfm. 217. Hotel, Kfm. 218. Hotel, Kfm. 219. Hotel, Kfm. 220. Hotel, Kfm. 221. Hotel, Kfm. 222. Hotel, Kfm. 223. Hotel, Kfm. 224. Hotel, Kfm. 225. Hotel, Kfm. 226. Hotel, Kfm. 227. Hotel, Kfm. 228. Hotel, Kfm. 229. Hotel, Kfm. 230. Hotel, Kfm. 231. Hotel, Kfm. 232. Hotel, Kfm. 233. Hotel, Kfm. 234. Hotel, Kfm. 235. Hotel, Kfm. 236. Hotel, Kfm. 237. Hotel, Kfm. 238. Hotel, Kfm. 239. Hotel, Kfm. 240. Hotel, Kfm. 241. Hotel, Kfm. 242. Hotel, Kfm. 243. Hotel, Kfm. 244. Hotel, Kfm. 245. Hotel, Kfm. 246. Hotel, Kfm. 247. Hotel, Kfm. 248. Hotel, Kfm. 249. Hotel, Kfm. 250. Hotel, Kfm. 251. Hotel, Kfm. 252. Hotel, Kfm. 253. Hotel, Kfm. 254. Hotel, Kfm. 255. Hotel, Kfm. 256. Hotel, Kfm. 257. Hotel, Kfm. 258. Hotel, Kfm. 259. Hotel, Kfm. 260. Hotel, Kfm. 261. Hotel, Kfm. 262. Hotel, Kfm. 263. Hotel, Kfm. 264. Hotel, Kfm. 265. Hotel, Kfm. 266. Hotel, Kfm. 267. Hotel, Kfm. 268. Hotel, Kfm. 269. Hotel, Kfm. 270. Hotel, Kfm. 271. Hotel, Kfm. 272. Hotel, Kfm. 273. Hotel, Kfm. 274. Hotel, Kfm. 275. Hotel, Kfm. 276. Hotel, Kfm. 277. Hotel, Kfm. 278. Hotel, Kfm. 279. Hotel, Kfm. 280. Hotel, Kfm. 281. Hotel, Kfm. 282. Hotel, Kfm. 283. Hotel, Kfm. 284. Hotel, Kfm. 285. Hotel, Kfm. 286. Hotel, Kfm. 287. Hotel, Kfm. 288. Hotel, Kfm. 289. Hotel, Kfm. 290. Hotel, Kfm. 291. Hotel, Kfm. 292. Hotel, Kfm. 293. Hotel, Kfm. 294. Hotel, Kfm. 295. Hotel, Kfm. 296. Hotel, Kfm. 297. Hotel, Kfm. 298. Hotel, Kfm. 299. Hotel, Kfm. 300. Hotel, Kfm. 301. Hotel, Kfm. 302. Hotel, Kfm. 303. Hotel, Kfm. 304. Hotel, Kfm. 305. Hotel, Kfm. 306. Hotel, Kfm. 307. Hotel, Kfm. 308. Hotel, Kfm. 309. Hotel, Kfm. 310. Hotel, Kfm. 311. Hotel, Kfm. 312. Hotel, Kfm. 313. Hotel, Kfm. 314. Hotel, Kfm. 315. Hotel, Kfm. 316. Hotel, Kfm. 317. Hotel, Kfm. 318. Hotel, Kfm. 319. Hotel, Kfm. 320. Hotel, Kfm. 321. Hotel, Kfm. 322. Hotel, Kfm. 323. Hotel, Kfm. 324. Hotel, Kfm. 325. Hotel, Kfm. 326. Hotel, Kfm. 327. Hotel, Kfm. 328. Hotel, Kfm. 329. Hotel

Beilage zum Leipziger Tageblatt und Anzeiger Nr. 180, Sonnabend, 9. April 1904. (Abend-Ausgabe.)

Bezirksausschuss.

* Leipzig, 9. April. Unter dem Vorstieg des Herrn Amtsbaumeister Heinz hielt heute der der Amtsbaumeisterei Leipzig beigeordnete Bezirksausschuss eine Sitzung ab, der eine überaus reichhaltige Tagesordnung zu Grunde lag. Von den 68 Gegenständen, die zur Berhandlung standen, waren 55 öffentlich, die übrigen, meist Schanckensatzfragen, wurden in nichtöffentlicher Sitzung beraten.

Die Beziehungen für Gemeindebeamten sind von verschiedenen Gemeinden des Bezirks neu geregelt bzw. ordnungsmäßig bestimmt worden. Die Entschuldigungen, die für notwendige Reisen der Beamten im Interesse ihrer der Gemeinde benötigt werden, sind teils nach Reisezeit, teils nach Zeit bemessen. Das Kollegium genehmigte die neue Bestimmungen enthaltenden Anträge zu den Ortsstatuten der Gemeinden Kleinbautzen, Frankenhain, Rückmarsdorf (hier soll auch das Gehalt des Gemeindeschreibers auf 600,- jährlich erhöht werden), Göritz, Lindenauendorf, Hohenleuba und Althen (hier soll außerdem das Gehalt des Gemeindeschreibers auf 900,- erhöht werden).

Verteidigte Ortsgegenseitigkeiten bildeten weiterhin Gegenstände der Beratung. So hat die Gemeinde Möckern bestimmt, daß für Reinigung der Abfallwörther in der Leipziger Kanalisation vorläufig 25,- für den Quadratmeter an Kosten von den Anliegern erhoben werden. Der Bezirksausschuss genehmigte dies unter der Bedingung, daß die Bestimmungen einjährige rückwirkende Kraft haben. — Ein weiteres Ortsgegegn hat die Gemeinde Probstheida über die Umleitung der über 3000,- betragenden Kosten für die Verkleinerung des Stöhrer Weges ausgestellt, das gleichzeitig befürwortet werden soll. — Die für die Ausgangsverteilung in Verwaltungssachen zu erledigenden Gehärtel sind von der Gemeinde Leutzsch entsprechend festgelegt worden, daß die Kosten für mehrere Sommer noch weiter vermindernd, die für höhere Summen jedoch erhöht werden. Dem pflichtete das Kollegium bei.

Baustadt. Das Regulativ über die Ausbringung der Gemeinde-, Armen-, Kirchen- und Schulanlagen in dieser Gemeinde ist durch einen Nachtrag ergänzt worden, wosach die Steuern für die untenstehenden Kloster gegen früher herabgesetzt werden, was der Bezirksausschuss genehmigte.

Wiederholte. Das neue Ortsstatut dieser Gemeinde, das z. a. auch Bestimmungen über die Anlegung des jetzt 575,- betragenden Gemeindewertes enthält, soll bestätigungsweise befürwortet werden. Das in Status verordnete Tagessalz von 1,50,- für Reisen des Gemeindeschreibers wurde als zu niedrig befunden. — Von Neuen bestimmt werden bei der oberen Verwaltungsbereiche soll auch das Regulativ dieser Gemeinde, wonach die Bevölkerungsabgaben von 65,- auf 1,- für 100,- erhöht werden.

Stötteritz. In die Zahl der beruflingsfähigen Gemeindebeamten, die der Personierung teilhaben werden, soll auch der Bezirksausschuss aufgenommen werden, was der Bezirksausschuss genehmigte. Görlitz stimmte der Erhöhung der Bevölkerungsabgaben von 75,- auf 1,- für 100,- in dieser Gemeinde zu.

Die Übernahme der verbindlichkeiten durch die Gemeinde Liebertwolkwitz, Jüdelshausen und Probstheida anlässlich der Errichtung der Leipziger Wasserleitung wurde genehmigt, ebenso die Einbeziehung der Parzelle 219 des Grundstückes für Schlosshof in die Gemeinde Pausdorf.

Gemeindliche Anlagen wurden folgende genehmigt: die Errichtung eines Schneidereibetriebes bei den Kleinschmiedereien durch Wohlty in Gohlis, Kern in Portitz, Haupt in Döndorf, Helm in Lößnitz, Thielemann in Stötteritz, Geiter in Leutzsch, Müller in Böhlig-Ehrenberg und Schubert in Wahns; die Errichtung einer Dampfspeicherstation und Seifenfabrik durch Freiberg & Co. in Wahns, sowie je einer Saanzas-Motoranlage durch die Gemeinde Leutzsch in Pausdorf und durch Herrn Dörner in Stötteritz.

Durchgehende Abrechnungen von Grundbuden fanden zumindestens Bescheid: Blatt 22 des Grundbuchs für Wahnsdorf, 50 und 164 für Loschwitz, 98 für Sommerfeld, 32 für Weißig, 9 für Pöhlwitz, 624 für Leutzsch, 24 für Möltzau, 60 und 61 für Gohlis, 1 für Döbeln, 23 für Göhrsen, 4 für Plaue, 488 für Liebertwolkwitz, 69 und 113 für Stötteritz, 1 für Möckern, 13 für Leutzsch (Thella) und 13 für Göhrsen. — Abgelebt wurde nach Vorschrift der Verhältnisse die Abtrennung vom Grundstück Blatt 103 des Grundbuchs für Probstheida.

Liebertwolkwitz, beabsichtigt in seiner Gemarkung eine Gasanstalt zu errichten, was der Bezirksausschuss genehmigte.

Die Leistungsfähigkeit des Fußweges, der von Böhlig-Ehrenberg nach Fortuna Burgau führt, wurde vom Bezirksausschuss ausdrücklich anerkannt und zwar entgegen der Meinung, die im Rahmen der Stadt Leipzig geltend gemacht werden sollte.

Bauamtliche Ortsgegenseitigkeiten und Bebauungspläne. Befürwortet werden sollen: das baurechtliche Ortsgegegn des Bodenwiger Kommunikationsweges in Wiederholung; der Bebauungsplan und das Ortsgegegn der Gemeinde Wiederholung über die Bebauung der Flurfläche 69, 72, 73, 74, 75, 76, 78 bis 81, 82, 83 bis 89, 90, 91 bis 95 und 96 des Grundstückes für Steinwiederholung; der Bebauungsplan für verschiedene Flurstücke in Wahnsdorf.

wobei in zwei Straßen die dreizeichsigste geschlossene Bauweise zugelassen werden soll. — Genehmigung fand die Übernahme bestehender Verbindlichkeiten durch die Gemeinde Leutzsch, anlässlich des Beitrages des Rittergutsbesitzers Krebs mit der Gemeinde Leutzsch wegen des Wasserzapfens.

Als Referenten waren in der heutigen Sitzung längst außer dem Herrn Vorsteher und Herrn Regierungsrat Thiele die Herren Gemeindevorsteher Leutzsch und Schwabé.

Delegiertentag der Deutschen Goethebünde.

S. u. H., Dresden, 7. April.

Die heutige Versammlung eröffnete an Stelle des abgewehrten Vortrags der gestrigen Verhandlungen Dr. Pauli-Bremen. Zunächst wird über Punkt 4 der Tagesordnung: „Die neue lex Heinge und der voraussichtliche Kampf um die Schule“ beraten. Referent Dr. Goldstein-Königsberg erinnerte daran, daß im Reichstag die Regierung vorhanden sei, eine neue lex Heinge zu schaffen. Besonders auf national-liberaler und rechtsextremistischer Seite kommt man jedoch Befreiungen mit großer Liebe entgegen. Ob der Reichsführer den verbündeten Klerikal-Konservativen gegenüber die nötige Widerstandskraft haben werde, muß abgewartet werden. Die pornographische Literatur muß unterdrückt werden. Darüber können wohl kein Zweifel sein. Der Goethebund steht aber auf dem Standpunkt von 1900 und betrachtete jede Verschärfung der Bestimmungen, die die wahre Kunst zu schädigen geeignet sind, für unnötig, ja unzuverlässig und gefährlich. Man habe jedoch Schutzmittel genug, um gegen wirklich unsittliche Werke vorzugehen. Inndessen könne der Goethebund nicht untätig bleiben und müsse sofort eingreifen, falls der Vertrag gemacht werden soll, Kunst und Wissenschaft gefährdende Bestimmungen zu schaffen. Auch an die Volkstheaterer muß man appellieren und von ihnen verlangen, daß sie von ihren Wählern klipp und klar ihre Stellung zur Kunst präzisieren. Das schmiedete der pornographischen Literatur seien die Aufschlüsselkarten, die Photographien aus dem Leben und die halbwissenschaftliche medizinische Literatur, die sich mit sexuellen Problemen beschäftigt. Hier sei ein Eingreifen nötig.

Chefredakteur Dr. Ley-Hamburg hält es für tatsächlich nicht richtig, daß der Goethebund jetzt schon eine Kampftstellung eingenommen. Das würde die Stellung der Gegner nur erleichtern. Der Goethebund, der von gewisser Seite als Patron der unpolitischen Literatur bezeichnet werde, verurteile die Schmutzliteratur auf das schärfste, aber er müsse sich abwartend verhalten. Jedenfalls werde hier eine neue lex Heinge auf die Schanzen rufen.

Geheimrat Gutklett-Dresden tritt dem Vorredner bei und wendet sich namentlich gegen die Schaustellung desfeierten Schauspielern in den Schauspielerinnen. Der Dresden Goethebund habe dem Polizeipräsidium seinen Platz bei der Beurteilung unzähliger Werke angeboten, aber er müsse dem Präsidium den Vorwurf machen, daß es nicht energisch genug vorgehe. Den Kampf gegen die pornographische Literatur durch die Polizei halte er für minderwertig, der Kampf müsse durch Literatur und Presse geführt werden. Jedenfalls müsse der Goethebund dorthin, da er diese Art Kunst und Wissenschaft schärfstens verhorrest.

Dr. Elsaß-Stuttgart holt eine Aktion des Goethebundes für bedenklich. Der Goethebund sei kein Areal der Stillichkeit und habe nicht die Aufgabe, der Volksbildung nachdrucken und ihr Direktiven zu geben, was sie für unsittlich halten soll oder nicht. Redner widerpricht den Ansichten Guttikits und beantragt, daß der Goethebund in jedem Bereich darum kämpft, das der Goethebund in den Stillichkeitsfragen unterlassen, da gegen keine vorjährige Petition an den Reichstag um Aufhebung der Theaterrichter zu erneuern.

Prof. Kaufmann-Dresden bewertet, ob Reichsführer Graf Bülow gegenüber einem Klerikal-konservativen Drängen nach einer neuen lex Heinge genug Widerstandshaltung haben werde, besonders, falls das Bemühtum mit Forderungen hervorgerufen werde. Den Skandal der lex Heinge fürchtet Bülow nicht; ob Kardinal Kopf nach der Niederlage, die er soeben in Österreich erlebt, nicht das Bedürfnis habe, die diese Niederlage durch einen großen Stillichkeitsschlaf zu vertuschen, könne man nicht wissen. Redner beantragt, ein gemeinsames Vorgehen in den Stillichkeitsfragen unterlassen, da gegen keine vorjährige Petition an den Reichstag um Aufhebung der Theaterrichter zu erneuern.

Prof. Kaufmann-Dresden bestätigt, daß der Goethebund nicht die Aufgabe habe, den Denunzianten zu spicken, vielmehr sei es Aufgabe der Stillichkeitsvereine, über die Einhaltung der bestehenden Bestimmungen zu wachen. Im allgemeinen hofft sich die Versammlung den Ausbruch des Geheimrats Gutklett an, der nochmals betont, daß er seinerseits jederzeit bereit sei, in dieser Sache den Denunzianten zu spielen.

Er beantragt: „Der Tag des Goethebundes sei ein Tag der Einzelkämpfe in ihrem Befreiungskampf gegen die Schmutzliteratur und -Kunst in geeigneter Form vorzugehen, da diese Unkunst einen ernsten

Schaden für die echte Kunst darstellt.“ Geheimrat Gutklett reagiert noch an, den Vorsteherverein deutscher Buchhändler in Leipzig zu bitten, den Goethebund im Kampf gegen die Unsittheit mit seinen sehr wirkungsvollen Mitteln zu unterstützen. Der Antrag Dr. Elsaß-Stuttgart, unterzeichnet vom Generalsekretär des Bundes Dr. Wigand und Otto Ernst lautet: „Der Delegiertentag ruft die deutschen Goethebünde angehendes des Beschlusses der Petitionskommission des Reichstags auf die Einrede der Synode Berlin II erneut zur Wahlkampf in der Abwehr aller Angriffe auf die freie Entwicklung des künstlerischen und wissenschaftlichen Lebens auf und erlässt den Vortrag, sofort die frühere Petition gegen die Theaterzensur an den Reichstag zu senden.“ In der Abstimmung wird der Antrag Dr. Elsaß-Stuttgart angenommen. Otto Ernst warnt davor, sich an den Buchhändlereverein zu wenden. Es seien dort Deute möglich, die seine künstlerische Grenze kennen, und man würde nicht gut tun, das ohnehin schon so gefühlvolle Institut der Buchhändlerverein noch moralisch zu stören. Geheimrat Gutklett zieht darauf keinen Antrag, sich an den Vorsteherverein zu wenden, zurück, worauf der erste Teil des Antrages Gutklett angenommen wird. Der Antrag Kaufmann, die ganze Angelegenheit an die Goethebünde zu übertragen, wird abgelehnt.

X Die Totalitaristeneuer. Dem Vorsitzenden wird ein Gesetzentwurf zugehen wegen Heraufsetzung der Totalitaristeneuer und Errichtung staatlich kontrollierter Betriebsräte. Befürwortung wäre bestmöglich, die Herauslösung der Totalitaristeneuer kann in der dem Reichstag vorliegenden Novelle zum Gewerbezeugnis zu beanspruchen, jedoch wurde davon abhanden gekommen mit Rücksicht auf die weitergehenden Zwecke, die zugleich erreicht werden sollen. Um nämlich den Ertrag der neuen heraufgesetzten Totalitaristeneuer sicher zu stellen, soll wie das „Vor. Tagbl.“ mitteilt, der Betriebsrat wiederholt verboten und unter Strafe gestellt werden; dafür sollen amtiell konstituierte Betriebsräte eingesetzt werden, abgesehen den Ritterstuhlen. Der Gesetzentwurf wird als Antrag Steuern an den Bundestag gebracht werden.

Kraftfahrtewesen.

Der V. Deutsche Automobiltag findet in Berlin vom 18. bis 25. August in Berlin statt. — Die Erfahrung Wiens Automobilauftaktung ist auf den 21. April verschoben worden. — Der Start des französischen Automobilrennens für den Gordon Bennett-Pokal wird in Biarritz, am 2. August, erfolgen. Das Rennen wird etwa 200 Stunden dauern. — Der Automobilclub Frankreich beginnt, wie der „Auto-Welt“ aus Paris berichtet wird, am 12. Mai seinen südlichen Wettkampf zu eröffnen, ebenfalls ab Biarritz. Der Gesetzentwurf wird als Antrag Steuern an den Bundestag gebracht werden. Mit der Konferenz in eine Ausschreibung der Wagen verbinden Ausschreibungen bis zum 30. April zu erfolgen.

Gerichtssaal.

Das Königliche Landgericht. G. Wegen Wehrkästchenleidigung wurde die 48 Jahre alte Anna Maria Maria S. nach einer unter Kasack bestrafte Deffensfeld getöteten Wehrkästchenleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte war von einer schwächeren Sozialarbeit der S. erfasst worden, die nachdem sie mit der S. sich überworfen hatte, ihren Wehrkästchenleidigungen gegenüber bestreitet. Nach dieser Wehrkästchenleidigung wird bestreit, welche eine mißliche Wehrkästchenleidigung war. Auch die Schriftstellerin der französischen Presse des „Gazette du Peuple“ gehabt, und Maurice Guttikett, der Sekretär des nationalen Klerikals „Oeuvre de l'Art“, Pauli-Bremen, Dr. Hoffmann und andere haben sich an den Wehrkästchenleidigungen beteiligt. Unter den deutschen Städten fällt das Freuden der Sachsen an. Die jedoch jährliche Wehrkästchenleidigung ist von den Sachsenen gegen die Wehrkästchenleidigung der Brandenburgern nicht zu teilen. Auf Antrag des des Städte der Städte der Wehrkästchenleidigungen werden sie am 20. November 1902 an das Connewitzer Rathaus gebracht. Die Städte der Wehrkästchenleidigungen annehmen die Brandenburgische Wehrkästchenleidigung an. Die Sachsenen haben über ihrem Wehrkästchenleidigungen, einer Mutter mit 7 Kindern, waren die vier Jüngsten in Alter von 5—14 Jahren, 2 Mädchen und 2 Knaben, durch Verlust des Kindes im Jahr 1902 entzogen worden, weil angewiesen wurde, daß der Mutter eine angewesene Erziehung ihnen nicht zu teilen. Auf Antrag des des Städte der Wehrkästchenleidigungen werden sie am 20. November 1902 an das Connewitzer Rathaus gebracht. Die Städte der Wehrkästchenleidigungen annehmen die Brandenburgische Wehrkästchenleidigung an. Die Sachsenen haben über ihrem Wehrkästchenleidigungen, einer Mutter mit 7 Kindern, waren die vier Jüngsten in Alter von 5—14 Jahren, 2 Mädchen und 2 Knaben, durch Verlust des Kindes im Jahr 1902 entzogen worden, weil angewiesen wurde, daß der Mutter eine angewesene Erziehung ihnen nicht zu teilen. Auf Antrag des des Städte der Wehrkästchenleidigungen werden sie am 20. November 1902 an das Connewitzer Rathaus gebracht. Die Städte der Wehrkästchenleidigungen annehmen die Brandenburgische Wehrkästchenleidigung an. Die Sachsenen haben über ihrem Wehrkästchenleidigungen, einer Mutter mit 7 Kindern, waren die vier Jüngsten in Alter von 5—14 Jahren, 2 Mädchen und 2 Knaben, durch Verlust des Kindes im Jahr 1902 entzogen worden, weil angewiesen wurde, daß der Mutter eine angewesene Erziehung ihnen nicht zu teilen. Auf Antrag des des Städte der Wehrkästchenleidigungen werden sie am 20. November 1902 an das Connewitzer Rathaus gebracht. Die Städte der Wehrkästchenleidigungen annehmen die Brandenburgische Wehrkästchenleidigung an. Die Sachsenen haben über ihrem Wehrkästchenleidigungen, einer Mutter mit 7 Kindern, waren die vier Jüngsten in Alter von 5—14 Jahren, 2 Mädchen und 2 Knaben, durch Verlust des Kindes im Jahr 1902 entzogen worden, weil angewiesen wurde, daß der Mutter eine angewesene Erziehung ihnen nicht zu teilen. Auf Antrag des des Städte der Wehrkästchenleidigungen werden sie am 20. November 1902 an das Connewitzer Rathaus gebracht. Die Städte der Wehrkästchenleidigungen annehmen die Brandenburgische Wehrkästchenleidigung an. Die Sachsenen haben über ihrem Wehrkästchenleidigungen, einer Mutter mit 7 Kindern, waren die vier Jüngsten in Alter von 5—14 Jahren, 2 Mädchen und 2 Knaben, durch Verlust des Kindes im Jahr 1902 entzogen worden, weil angewiesen wurde, daß der Mutter eine angewesene Erziehung ihnen nicht zu teilen. Auf Antrag des des Städte der Wehrkästchenleidigungen werden sie am 20. November 1902 an das Connewitzer Rathaus gebracht. Die Städte der Wehrkästchenleidigungen annehmen die Brandenburgische Wehrkästchenleidigung an. Die Sachsenen haben über ihrem Wehrkästchenleidigungen, einer Mutter mit 7 Kindern, waren die vier Jüngsten in Alter von 5—14 Jahren, 2 Mädchen und 2 Knaben, durch Verlust des Kindes im Jahr 1902 entzogen worden, weil angewiesen wurde, daß der Mutter eine angewesene Erziehung ihnen nicht zu teilen. Auf Antrag des des Städte der Wehrkästchenleidigungen werden sie am 20. November 1902 an das Connewitzer Rathaus gebracht. Die Städte der Wehrkästchenleidigungen annehmen die Brandenburgische Wehrkästchenleidigung an. Die Sachsenen haben über ihrem Wehrkästchenleidigungen, einer Mutter mit 7 Kindern, waren die vier Jüngsten in Alter von 5—14 Jahren, 2 Mädchen und 2 Knaben, durch Verlust des Kindes im Jahr 1902 entzogen worden, weil angewiesen wurde, daß der Mutter eine angewesene Erziehung ihnen nicht zu teilen. Auf Antrag des des Städte der Wehrkästchenleidigungen werden sie am 20. November 1902 an das Connewitzer Rathaus gebracht. Die Städte der Wehrkästchenleidigungen annehmen die Brandenburgische Wehrkästchenleidigung an. Die Sachsenen haben über ihrem Wehrkästchenleidigungen, einer Mutter mit 7 Kindern, waren die vier Jüngsten in Alter von 5—14 Jahren, 2 Mädchen und 2 Knaben, durch Verlust des Kindes im Jahr 1902 entzogen worden, weil angewiesen wurde, daß der Mutter eine angewesene Erziehung ihnen nicht zu teilen. Auf Antrag des des Städte der Wehrkästchenleidigungen werden sie am 20. November 1902 an das Connewitzer Rathaus gebracht. Die Städte der Wehrkästchenleidigungen annehmen die Brandenburgische Wehrkästchenleidigung an. Die Sachsenen haben über ihrem Wehrkästchenleidigungen, einer Mutter mit 7 Kindern, waren die vier Jüngsten in Alter von 5—14 Jahren, 2 Mädchen und 2 Knaben, durch Verlust des Kindes im Jahr 1902 entzogen worden, weil angewiesen wurde, daß der Mutter eine angewesene Erziehung ihnen nicht zu teilen. Auf Antrag des des Städte der Wehrkästchenleidigungen werden sie am 20. November 1902 an das Connewitzer Rathaus gebracht. Die Städte der Wehrkästchenleidigungen annehmen die Brandenburgische Wehrkästchenleidigung an. Die Sachsenen haben über ihrem Wehrkästchenleidigungen, einer Mutter mit 7 Kindern, waren die vier Jüngsten in Alter von 5—14 Jahren, 2 Mädchen und 2 Knaben, durch Verlust des Kindes im Jahr 1902 entzogen worden, weil angewiesen wurde, daß der Mutter eine angewesene Erziehung ihnen nicht zu teilen. Auf Antrag des des Städte der Wehrkästchenleidigungen werden sie am 20. November 1902 an das Connewitzer Rathaus gebracht. Die Städte der Wehrkästchenleidigungen annehmen die Brandenburgische Wehrkästchenleidigung an. Die Sachsenen haben über ihrem Wehrkästchenleidigungen, einer Mutter mit 7 Kindern, waren die vier Jüngsten in Alter von 5—14 Jahren, 2 Mädchen und 2 Knaben, durch Verlust des Kindes im Jahr 1902 entzogen worden, weil angewiesen wurde, daß der Mutter eine angewesene Erziehung ihnen nicht zu teilen. Auf Antrag des des Städte der Wehrkästchenleidigungen werden sie am 20. November 1902 an das Connewitzer Rathaus gebracht. Die Städte der Wehrkästchenleidigungen annehmen die Brandenburgische Wehrkästchenleidigung an. Die Sachsenen haben über ihrem Wehrkästchenleidigungen, einer Mutter mit 7 Kindern, waren die vier Jüngsten in Alter von 5—14 Jahren, 2 Mädchen und 2 Knaben, durch Verlust des Kindes im Jahr 1902 entzogen worden, weil angewiesen wurde, daß der Mutter eine angewesene Erziehung ihnen nicht zu teilen. Auf Antrag des des Städte der Wehrkästchenleidigungen werden sie am 20. November 1902 an das Connewitzer Rathaus gebracht. Die Städte der Wehrkästchenleidigungen annehmen die Brandenburgische Wehrkästchenleidigung an. Die Sachsenen haben über ihrem Wehrkästchenleidigungen, einer Mutter mit 7 Kindern, waren die vier Jüngsten in Alter von 5—14 Jahren, 2 Mädchen und 2 Knaben, durch Verlust des Kindes im Jahr 1902 entzogen worden, weil angewiesen wurde, daß der Mutter eine angewesene Erziehung ihnen nicht zu teilen. Auf Antrag des des Städte der Wehrkästchenleidigungen werden sie am 20. November 1902 an das Connewitzer Rathaus gebracht. Die Städte der Wehrkästchenleidigungen annehmen die Brandenburgische Wehrkästchenleidigung an. Die Sachsenen haben über ihrem Wehrkästchenleidigungen, einer Mutter mit 7 Kindern, waren die vier Jüngsten in Alter von 5—14 Jahren, 2 Mädchen und 2 Knaben, durch Verlust des Kindes im Jahr 1902 entzogen worden, weil angewiesen wurde, daß der Mutter eine angewesene Erziehung ihnen nicht zu teilen. Auf Antrag des des Städte der Wehrkästchenleidigungen werden sie am 20. November 1902 an das Connewitzer Rathaus gebracht. Die Städte der Wehrkästchenleidigungen annehmen die Brandenburgische Wehrkästchenleidigung an. Die Sachsenen haben über ihrem Wehrkästchenleidigungen, einer Mutter mit 7 Kindern, waren die vier Jüngsten in Alter von 5—14 Jahren, 2 Mädchen und 2 Knaben, durch Verlust des Kindes im Jahr 1902 entzogen worden, weil angewiesen wurde, daß der Mutter eine angewesene Erziehung ihnen nicht zu teilen. Auf Antrag des des Städte der Wehrkästchenleidigungen werden sie am 20. November 1902 an das Connewitzer Rathaus gebracht. Die Städte der Wehrkästchenleidigungen annehmen die Brandenburgische Wehrkästchenleidigung an. Die Sachsenen haben über ihrem Wehrkästchenleidigungen, einer Mutter mit 7 Kindern, waren die vier Jüngsten in Alter von 5—14 Jahren,

* Berlin, 8. April. Fondsbörsen. Da die gestern im Umlauf gebrachten ungünstigen Garage keine Bestätigung finden, war die Böse am Beginn in fester Handlung, unterstützt durch die Festigkeit des Minzmarktes in Paris und London. Auch die vorliegende Meldung über das türkisch-bulgarische Abkommen machte einen guten Eindruck und wirkte in erster Linie auf türkische Werte günstig ein. Das Gesetz im ganzen trug das Merkmal des Sonnenbankreiseverkehrs, nämlich geringe Belastung in den meisten Märkten. Banken waren, soweit sie notiert wurden, gegen gestern kaum verändert. Im Montanwarenmarkt waren Kohleagentien großbelastet. Konsolidation 56,75, $\frac{1}{2}$ Proz. höher. Fonds waren vernachlässigt. Bahnen zeigten ohne Erfolgsversuch Schirmaktionen fest. Im weiteren Verlaufe waren Banken gut gehalten, Montanwaren nicht einheitlich, fremde Fonds ruhig, heimische träge. Zu Beginn der zweiten Sessionshälfte Stillestand in sämtlichen Märkten bei teilweise nur nominellen Kursen in Montanwaren.

Leipziger Börsen-Kurse am 9. April 1904.

Krone = 1,025 At. 1 Dollar = 1,000 At.

empfiehlt sich zur Bewegung aller in das Bankfach einschlagenden Geschäfte. An- und Verkauf von Wertpapieren für alle Börsen. Contocurrent-Verkehr. Diskontierung von Wechseln. Zahlistelle für Wechsel. Annahme von Saarzinslagen.